

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatl. 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisklasse für 1897 unter Nr. 7487.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserations-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgespaltene Zeile  
 oder deren Raum 40 Pfg., für  
 Vereins- und Verammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Anzeigenspreiser: Amtl. Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Donnerstag, den 5. August 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

### Nochmals „Deutschland und die amerikanische Zollpolitik.“

Der Verfasser des Artikels in Nr. 177 schreibt uns:  
 Ein Mitarbeiter der „Sächsischen Arbeiter-Zei-  
 tung“ hat in zwei von deren letzten Nummern unsere Dar-  
 stellung der kritisch zugefügten deutsch-amerikanischen Handels-  
 beziehungen des Längeren belämpft — wie wir gern zuge-  
 stehen: ohne einen Augenblick die verbindlichen literarischen  
 Umgangsformen zu verlassen, die unseren Dresdener Genossen  
 stets, auch in der ruhigsten Auseinandersetzung, ausgezeichnet  
 haben.

Der Leser wird am Schlusse unseres Artikels selber am  
 besten merken, warum wir darauf verzichteten, den gegen uns  
 erhobenen Einwänden Schritt für Schritt zu folgen. Es genügt,  
 nachzuweisen, daß unser Dresdener Kollege gar nicht ver-  
 standen hat, um was es sich bei unserer Erörterung  
 überhaupt handelte und unter den gegebenen Um-  
 ständen auch nur handeln konnte. Wir versuchen daher statt  
 alles unnützen Streites lieber, ihm das nochmals in anderer  
 Weise klarzumachen. Vielleicht unterläßt er dann die Polemik  
 oder, was uns bei seiner Streitbarkeit wahrscheinlicher dünkt,  
 er fängt nochmals von vorn an.

Wir gingen in unserem Artikel von der ganz selbst-  
 verständlichen Voraussetzung aus, an die unser Dresdener  
 Genosse leider niemals zu denken scheint: daß nämlich, wenn  
 wir jetzt zu einem friedlichen Vertragsabschluss mit den  
 Vereinigten Staaten kommen, die ganze Angelegenheit in  
 wenigen Monaten abgewickelt sein muß — über einen  
 möglichen Vertrag im zwanzigsten Jahrhundert uns heute  
 schon zu äußern, sind wir nicht Schächer Thomas genug. Diese  
 kurze Spanne Zeit von ein paar Monaten könnte sich  
 höchstens um noch einige Monate verlängern,  
 wenn die nächsten Wochen den Zollkrieg eröffnen sollten.  
 Darüber ist man sich auch in den Kreisen unserer Industrie  
 und unserer Regierung vollständig einig. Freilich, unser un-  
 barmherziger Genosse bescheinigt der deutschen Diplomatie  
 „alle Wochen siebenmal“, daß sie ausschließlich aus den größten  
 Tröpfen besteht. Indes ist das keine unbestrittene Wahrheit  
 und selbst unter diesen größten Tröpfen dürfte keiner groß  
 genug sein, um von einem Zollkrieg mit Amerika auf Jahre  
 hinaus zu träumen.

Jede ernst gemeinte und ernst zu nehmende Abwägung  
 der Chancen eines Vertrages oder eines Zollkrieges kann mithin  
 wohl noch einen engeren, aber kaum einen weiteren Zeitraum  
 ins Auge fassen wie etwa den eines Jahres. Was frieblich  
 oder schieblich, durch Unterhandlungen oder durch Zollsehde an  
 gegenseitigen Zugeständnissen vernünftiger Weise zu erstreben  
 ist, muß innerhalb dieses Zeitraums erreichbar sein.

Wir lieben nun die Prophezeiungen weniger wie unser  
 Kollege in Dresden, der bei jeder aufflatternden unangenehmen  
 Nachricht sofort alle wirtschaftlichen Weltzusammenhänge  
 gelöst sieht und der aus jeder harmlosen Zeitungshalbente  
 immer gleich Wortaus wehelführende Schicksalsbraven macht.  
 Wir haben auch nicht genug Sinn für Projektion-  
 spiele, um die auseinander gerissenen Glieder des  
 Weltverkehrs bei jedem Mondwechsel wieder in anderer  
 und natürlich immer schönerer Anordnung zusammenzu-  
 fügen. Wir haben uns daher in unserem Artikel zunächst  
 darauf beschränkt, die maßgebenden Interessen-  
 strebungen bei uns kurz zu schildern.

Einmal die gegen früher viel vorsichtiger gewordene  
 Haltung unserer Industriellen und die dafür aus den  
 Unternehmertreibern geltend gemachten Motive. Will unser  
 Dresdener Kollege gegen diese Motive losziehen, so muß er  
 schon die Industrie und nicht uns eines Besseren zu belehren  
 versuchen. Die Industrie wird dieser Belehrung kaum be-  
 dürfen, und wir selber müssen sie — ohne uns über ihren  
 Inhalt zu äußern — ablehnen, weil wir uns die Trostgründe  
 der Industriellen keineswegs ohne Einschränkung angeeignet  
 haben.

Wir haben dann als zweiten mit entscheidenden politischen  
 Faktor die Hoffnungen und Bestrebungen unserer Agrarier  
 dargelegt. Auch hier halten wir es nur um unseres Dresdener  
 Kollegen willen für nötig zu betonen, daß die wiedergegebenen  
 politischen Berechnungen nicht die unsrigen sind, so z. B.  
 nicht in dem Satz: „War es mit dem allgemeinen Getreide-  
 Einfuhrverbot nichts, so wäre eine Absperrung gegen die Ver-  
 einigten Staaten immerhin etwas.“

Schließlich mußten wir doch eine eigene Prophezeiung  
 wagen und die ging dahin, daß in den nächsten Monaten, in  
 denen die Entscheidung über unsere nächstjährigen Beziehungen  
 zu den Vereinigten Staaten fallen muß, die deutschen Ge-  
 treidezölle noch nicht fallen werden, trotz des ehr-  
 lichen Bemühens unserer Partei im allgemeinen, von der wir ge-  
 rade hier auch ein bescheidenes Theilchen bilden, und trotz des heißen  
 Bemühens unseres Dresdener Genossen im besonderen. Aus  
 dieser wahrhaftig nicht voreiligen Zukunftschätzung heraus  
 haben wir dann gefolgert, daß auch die größten Tröpfe —  
 unsere deutschen Diplomaten — bei den beginnenden Ver-  
 handlungen den Amerikanern keine neue Ermäßigung der  
 Getreidezölle anbieten können, einfach weil sie über keine zu  
 verfügen haben, aber ferner auch noch aus ausschlaggebenden  
 Gründen der allgemeinen Handelspolitik, die unserem  
 Dresdener Kollegen allerdings abermals ein Geheimniß ge-  
 blieben zu sein scheinen. Selbst wenn letzterer in Deutschland  
 zu bestimmen hätte und entschlossen wäre, in den nächsten  
 zwölf Monaten den Reichstag zwölfmal aufzulösen und sämt-

liche 25 oder wieviel Bundesregierungen 25- oder wievielmals  
 zu stürzen, so bleiben die deutschen Getreidezölle bis übers  
 Jahr noch immer wie sie waren. Aus dieser Erwägung  
 heraus erdreisteten wir uns daher zu schreiben:

Unter solchen Umständen, die wahrscheinlich länger fort-  
 bestehen werden wie der ganze Dingley-Tarif, hat es natürlich  
 gar keinen Sinn und Zweck, in Erörterungen darüber  
 einzutreten, was wir durch eine neue Ermäßigung der Getreide-  
 zölle von den Amerikanern an Zugeständnissen erlangen könnten  
 — ganz abgesehen davon, daß die daran in der Parteipresse (ge-  
 meint war, wie der Dresdener Genosse ganz richtig heransieht,  
 nur die „Sächs. Arb.-Ztg.“) angelnüpften Betrachtungen weiter  
 noch auf einem vollständigen Verkennen aller Entwickelungs-  
 tendenzen der nordamerikanischen Wirtschaftspolitik beruhen.

Eine Beleidigung sollte das nicht sein, aber eine Meinung  
 wird man doch noch haben und auch aussprechen dürfen. Unser  
 manierlicher Gegner macht freilich daraus, wir hätten uns  
 selbst zum Kenner aller Entwickelungstendenzen der nord-  
 amerikanischen Wirtschaftspolitik in den Augen der staunenden  
 Leser erhoben und knüpft daran ein paar Redefloskeln, die  
 ebenso läppisch wie läppisch sind. Doch hierin können wir  
 es doch nicht mit ihm aufnehmen. Also weiter!

Zum Schlusse bemerkten wir, die „Sauptschuld“ an  
 der unerfreulichen Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen liege  
 an den Vereinigten Staaten, nicht wegen der absoluten Höhe  
 ihrer Zölle (vielsach ist die Höhe für die Einfuhr recht gleich-  
 gültig), sondern weil sie bislang noch immer jede längere Fest-  
 legung ihrer Tarife, jeden Tarifvertrag abgelehnt hätten,  
 während das Wachstum des internationalen Aus-  
 tausches selbst Rußland zur Milderung seiner Zollautonomie  
 vorwärts getrieben habe. Unserem Kollegen muß auch hier  
 ein Mißverständnis unterlaufen sein, denn er fängt an dieser  
 Stelle eine Polemik gegen Behauptungen an, die wir niemals  
 gemacht haben.

Der Meinung sind wir allerdings nach wie vor, daß es  
 „auch die Sozialdemokratie nicht bedingungslos verwerfen  
 kann, daß man für seine eigenen Tarifermäßigungen Tarif-  
 zugeständnisse auf der Gegenseite einzutauschen und im Noth-  
 falle zu erzwingen sucht“. Bei dem Worte „erzwingen“ steigt  
 unserem Genossen das Blut vollends zu Kopf und er schreubert  
 uns nun die üblichen Gemeinplätze entgegen: „wir fordern die  
 Abschaffung der Zölle zu unserem eigenen Vortheil,  
 wir verlieren dabei nicht, sondern gewinnen.“ Du lieber  
 Himmel, als ob wir das nicht seit zehn und mehr Jahren  
 selber alle Tage predigten, als ob das nicht alle frei-  
 händlerischen Spähen von allen Dächern piffen! Aber wenn  
 wir billiges Brot für uns verlangen, so ist das  
 doch kein Grund, die günstigere Ausfuhr — soweit  
 diese überhaupt durch Auslandszölle beeinflusst wird — nicht  
 auch noch dazu zu nehmen.

Im Eifer fällt hier unser Kollege ja selber von dem  
 Drahtseile, auf dem sich seine Handelspolitik so spielerisch be-  
 wegt. Sein Hauptzugspfad läuft doch gerade darauf hinaus  
 für die Aufhebung der Getreidezölle Zugeständ-  
 nisse vom Auslande zu verlangen. Soll dieses Ver-  
 langen dadurch der Erfüllung näher gebracht werden, daß wir  
 dem Auslande einen ganz unmaßgeblichen, von uns selber als  
 ganz gleichgültig behandelten Wunsch aussprechen, den sie uns,  
 wenn sie uns durchaus nicht anders wollen, erfüllen  
 können, den sie uns aber auch wiederum nicht zu  
 erfüllen brauchen, weil uns der „eigene Vortheil“  
 des billigeren Brotes genügt? Ach nein, denn unser  
 Dresdener Genosse mag die amerikanischen Staatsmänner für  
 die allerunfähigsten Tröpfe halten: wenn sie unbehelligt in der  
 Lage wären, die amerikanische Getreide-Ausfuhr zu fördern  
 und dazu auch noch die amerikanischen Industriezölle zu be-  
 halten, sie würden in aller Dummheit sicherlich beides  
 nehmen. Wenn man jedoch mit dem Scheitern der Verhand-  
 lungen, das heißt mit dem einstweiligen Fortbestand höherer  
 Lebensmittelzölle „im Nothfalle“ drohen soll, was ist das  
 anderes, als was wir — mit der Vorsicht, die uns in solchen  
 Dingen innerhalb der Partei immer geboten scheint — als „nicht  
 bedingungslos verwerflich“ bezeichneten, unter dem Hinzufügen,  
 es läme nur darauf an, „wie die Opfer einer  
 solchen PreSSIONSPolitik aussehen und ob die (ganz vorüber-  
 gehenden) notwendigen Opfer im Verhältnis zu den wahr-  
 scheinlichen (dauernden) Erfolgen für die Arbeiter unserer  
 exportirenden Industrie stehen werden“.

War der russische Handelsvertrag, der  
 wichtigste seit mehr wie drei Jahrzehnten, den halb-  
 jährigen Zollkrieg mit Rußland werth? Wir  
 wollen diese Frage auch heute nicht bejahen, so wenig wie wir  
 zum Zollkampfe mit den Vereinigten Staaten irgendwie  
 gerathen haben. Aber wenn man solche Fragen  
 hinterher mit recht aufwerfen kann, so wird man wohl das  
 Recht und, sobald eine Partei mitentscheidend wird, auch die  
 Pflicht haben, die Frage auch vorher schon in betracht zu  
 ziehen, wenn ein neuer ähnlicher Interessentkonflikt vor den  
 Thoren steht.

Und darum Verrath an unserem Programm, das Auf-  
 geben des Kampfes „gegen die ganze Gesellschaftsordnung“,  
 Verzicht auf die Bekämpfung der Getreidezölle und was noch  
 alles sonst!

Ach nein! Der Genosse in Dresden ist zwar in der  
 Fügigkeit groß, mit der Wichtigkeit seiner Urtheile hapert es  
 aber mehr wie bedenklich.

\*) Das mag wohl auch das sein, was unser Kollege immer als  
 einen „bindenden“ Vertrag fordert — womit er hoffentlich nicht unsere  
 Reichsbürgerschaftsverträge als nicht bindend hinstellt haben will.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 4. August.

**Bei Väterchen in Petersburg** geht's jezt hoch her.  
 Es bereitet sich vor zum Empfang hoher Gäste. Der  
 deutsche Kaiser und der Präsident der französischen  
 Republik eilen gen Rußland, um — Ja, was ist  
 der Zweck dieser Reisen? Das gewöhnliche Kanngießere-  
 volk denkt, der deutsche Kaiser geht nach Petersburg, um den  
 französischen Präsidenten auszustechen, und dieser, um den  
 deutschen Kaiser. Das ist natürlich nicht wahr; denn jeder  
 vernünftige Mensch weiß, daß die Politik eines  
 Weltreichs, wie Rußland es leider geworden ist,  
 nicht durch eine oder zwei Reisen bestimmt werden kann.  
 Aber stolz kann Väterchen doch sein. Glänzender und deut-  
 licher als durch diese zwei Reisen, die einander unmittelbar  
 folgen, ist die obherrschende Stellung Rußlands niemals den  
 Völkern zur Anschauung gebracht worden. Die Beherrscher der  
 zwei mächtigsten Reiche des europäischen Festlands — der zwei  
 Reiche, die seit 26 Jahren von Kopf zu Füßen gepangert und be-  
 wässnet einander gegenüberstehen, seit 26 Jahren zum Krieg  
 gegeneinander rüsten — sie finden sich zusammen in dem Ge-  
 danken der Reise nach Petersburg. Petersburg ist das Mekka  
 der europäischen Welt geworden. Das heißt der Welt  
 des europäischen Festlandes — ein christlich-es  
 Mekka, wie es weiland von dem frommen Alexander, dem  
 Vater der „Heiligen Allianz“ geträumt ward. Damals ging  
 der Traum nicht in Erfüllung.

Und heute?  
 Wenn der deutsche Kaiser und der Präsident der französischen  
 Republik, wenn auch nicht zusammen, doch einer nach dem  
 anderen gen Mekka-Petersburg fahren, dann verdient es wohl  
 auch erwähnt zu werden, daß Herr Millevoye, Redakteur der  
 „Patrie“, bisher der wüthendste Feind Deutschlands, sich in  
 einem verzückten Leitartikel dem deutschen Kaiser zu Füßen wirft  
 und ihn für einen Bund der europäischen Festlandstaaten  
 gegen das perfide Albion zu gewinnen sucht.

Heilige Allianz, Kreuzzug gegen England — ist das  
 bloßer Zufall am Vorabend der deutsch-französischen Rußlands-  
 reise?

**Staatshilfe für die Opfer der Ueber-**  
**schwemmungen.** Die „Berl. Polit. Nachr.“ schreiben:

Zu einigen Blättern wird aus Anlaß der Wasseratastrophe  
 zwecks schleuniger Gewährung staatlicher Hilfe die Ein-  
 berufung einer außerordentlichen Reichstagsession angeregt. Dabei  
 wird übersehen, daß, abgesehen davon, daß zur Zeit sich der Um-  
 fang der Schäden und das Maß der Hilfsbedürftigkeit, mithin  
 auch noch garnicht mit Sicherheit übersehen läßt, ob, in welcher  
 Höhe und in welchen Formen auf Staatshilfe bedacht zu nehmen  
 sein wird, sowohl eine solche Hilfsfähigkeit wie demnach die  
 Fürsorge gegen die Wiederkehr solcher Verheerungen nicht  
 Sache des Reichs, sondern der Bundes-  
 staaten ist. Was Preußen anlangt, welches neben den König-  
 reichen Sachsen und Württemberg der am meisten von Hoch-  
 wasser-Verheerungen betroffene Staat ist, so ist es jedenfalls  
 in der Lage, aus seinen eigenen Mitteln für alles, was  
 nach Lage der Dinge von Staatswegen zu bessern sein wird, voll-  
 ständig zu sorgen.

Man wird indessen nicht vergessen dürfen, daß die Ver-  
 wendung von Staatsgeldern zur Befreiung der Ueberschwemmungs-  
 schäden sehr ihre zwei Seiten hat und daß die Erfahrungen,  
 welche mit den in Folge der Hochwasserschäden von 1888 und 1889  
 beantragten Nothstandskrediten gemacht sind, dringend zur Vor-  
 sicht mahnen.

Diese Notiz, die sich hauptsächlich gegen den „Vorwärts“  
 richtet, schießt neben die Scheibe. Ob die Unterfütigung Sache des  
 Reichs, oder der Einzelstaaten ist, hat momentan  
 eine ganz nebensächliche Bedeutung. Der Reichstag hat  
 sich mit den Hochwasserschäden von 1888 und 1889 beschäftigt,  
 und da er unzweifelhaft kompetent ist für Maßregeln zur  
 Vorbeugung von Ueberschwemmungen, für Auf-  
 regulierung, Waldbeforstung u. s. w., so ist er auch  
 folgerichtig kompetent für direkte Hilfeleistung. Doch  
 das ist eine untergeordnete Frage. Glauben die Einzel-  
 staaten, daß es ihre Pflicht ist, für die Opfer der  
 Katastrophe einzutreten, warum werden nicht die  
 Landtage sofort berufen? Denn die vorhandenen  
 Mittel der Regierungen reichen nicht aus. Und was die  
 Korrespondenz des Herrn Schweinburg von ungenügender  
 Kenntniß des Umfangs der Schäden und von schlechten  
 Erfahrungen, die 1888 und 1889 gemacht worden sein sollen,  
 orakelt, ist thörichtes Gerede.

Nur Hilfe! Schnelle Hilfe! Und Reichs- und  
 Staatshilfe, anstatt des Privatbittels!  
 Oder haben bloß nothleidende Agrarier Anspruch auf  
 Staatsunterstützung?

Herr von Köller ist also wirklich Oberpräsident von  
 Schleswig-Holstein geworden. Während man bisher die  
 Oberpräsidenten dieser Provinz aus dem Lande selbst  
 oder aus den westlichen Provinzen entnommen hat,  
 ist diesmal aufs gründlichste mit der bisherigen  
 Uebung gebrochen worden, indem ein typischer Ostbier  
 an die Spitze der Verwaltung Schleswig-Holsteins berufen  
 wurde. In ein Land mit der freithetliebendsten Bevölkerung  
 Deutschlands, mit einer, aufgeweckten, modernen Anschauungen  
 zugeneigten Bauernschaft, wird ein Mann als oberster Ver-  
 treter der Regierung gesandt, der im Denken, Fühlen, An-  
 schauungen der Bevölkerung fremd gegenübersteht. Unseren Lesern  
 brauchen wir nicht ausführlich auseinanderzusetzen, wer Herr  
 v. Köller ist. Der frühere Landrath, spätere parlamentarische



Wortführer der Deutsch-Konservativen, nachherige Polizeipräsident von Frankfurt a. M. hat schon in diesen Stellungen, wie später noch mehr als Staatssekretär in Elsaß-Lothringen und als Verfasser und Vertheiliger des Umsturzgesetzes in seiner Eigenschaft als preussischer Minister des Innern und endlich als Urheber des Prozesses gegen Auer u. Gen. das Urtheil aller freiheitsliebenden Leute über sich so sehr gefestigt, daß nur die eingeleiteten Konservativen in Schleswig-Holstein seine Ernennung mit dem Gefühl anfrüchtiger Befriedigung zur Kenntnis nehmen werden. Da in Schleswig-Holstein bei den letzten Wahlen bloß 9281 konservative Stimmen abgegeben wurden, dürfte der Jubel über diese Ernennung nicht allzu groß sein.

Ueber die Friedensverhandlungen liegt heute bloß die folgende Meldung aus Konstantinopel vor: Die gestrige Sitzung in Angelegenheit der Friedensverhandlungen, welche 3 Stunden währte, hat einen bemerkenswerthen Fortschritt ergeben. Alle Artikel des Entwurfes, mit Ausnahme dessen über die Räumung Thessaliens, wurden endgiltig angenommen. Doch besteht Aussicht auf eine baldige befriedigende Lösung auch dieser Frage.

Eine recht unklare Meldung aus Wien besagt: Bei Kalarm in Thessalien hat zwischen Baren und türkischen Truppen ein Zusammenstoß stattgefunden, der mit empfindlichen Verlusten verbunden war.

### Deutsches Reich.

— Graf Waldersee. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das bisherige Berliner Organ des Hofes zu Friedrichsruh, enthält heute folgende seltsame Nachricht:

Allen Anschein nach glauben einige Gegner des Grafen Waldersee sich einen Dienst zu leisten, wenn sie den kommandirenden General des neunten Armeekorps immer von neuem als Reichstanzler-Kandidaten hinstellen, wohl nach dem bekannten Rezept, daß dies das beste Mittel sei, ihn unschädlich zu machen. Diesen braven Leuten wird es zweifellos zur Verhöhnung gereichen, wenn wir ihnen mittheilen, ohne dabei einen berechtigten Widerspruch befürchten zu müssen, daß Generaloberst Graf Waldersee vollständig und endgiltig fern steht und fern bleiben wird.

Vorkäuflich ist uns nicht bekannt, daß in der Redaktion der „Berl. N. Nachr.“ die Bismarck'sche Buree mit der Waldersee'schen verknüpft haben. So lange wir hierüber nicht unterrichtet sind, können wir die Bedeutung der Meldung nicht bewerten.

— Stimmungsmacherei für ein Arbeitertrug-Gesetz. Die „Berl. Pol. Nachr.“, das von Herrn Schweinburg geleitete Organ, das ebenso den rheinisch-westfälischen Grohndustriellen wie der Regierung zu Diensten steht, ist jetzt in der angenehmen Lage, in seine geschäftlich manuevernde Konstellation zu kommen, ist doch die Regierung und die Grohndustrie in der Stellung zur Arbeiterklasse eines Sinnes. Heute schreibt das genannte Organ, ob im Auftrage der Regierung oder auf Instruktion des Herrn Buch wissen wir nicht, das folgende:

Die Vergewaltigung arbeitswilliger Elemente durch streikende Genossen hat schon zu einer Anzahl scharfer, aber wohl begründeter gerichtlicher Verurtheilungen Anlaß gegeben. Indessen ist damit erst seit verhältnismäßig zu kurzer Zeit vorgegangen worden, als daß insolge dessen schon eine durchgreifende Aenderung der von den sozialdemokratischen Gegnern den Massen seit langen Jahren gepredigten und diesen in Fleisch und Blut übergegangenen Brutalisierungspraxis hätte herbeigeführt werden können. Es wird deshalb noch manches Exempel naturt werden müssen, ehe den Streikantilitären das Verhältniß dafür abdümmert, daß es ein einfaches Gebot der ausgleichenden Gerechtigkeit ist, die Freiheit, die man für sich selbst in Anspruch nimmt, auch andern Leuten zuzugestehen. Einzuweisen, wie gesagt, sind die Genossen von dieser Erkenntnis noch recht weit entfernt.

In Wielefeld, wo der schon erloschene Maurerstreik wieder frisch entzündet worden ist, haben die Gerichte alle Hände voll mit der Aburtheilung von sozialdemokratischen Vergewaltigern friedlicher Arbeiter zu thun. In Harburg, wo die Baggarbeiter wegen Lohnindifferenzen in einen Streik eingetreten sind, zeigt sich schon, ebenso wie bei früheren Arbeitseinstellungen, die Brutalität gegenüber den arbeitswilligen. Ein Baggararbeiter, der neulich Abend von der Arbeit kam, wurde von vier jungen Burden überfallen und mit Messern arg zugerichtet. Er hat verschiedene Stichwunden in den Kopf davongetragen und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Hoffentlich gelingt es, die Messerhelden zu ermitteln, damit sie der ihrer Rohheit gebührenden scharfen Strafe nicht entgehen. Wie viele ähnliche Missethaten mögen vorkommen, von denen keine Kunde in die Öffentlichkeit dringt. Es ist daher nur Pflicht des Staates gegenüber seinen ruhigen, geschickten Bürgern, bei Streitigkeiten mit voller Energie der sich breit machenden Ungebühr, Gefährlichkeit und Brutalität der streikenden Genossen entgegenzutreten, und insbesondere die Rechtsprechung hat hier eine wirkliche Kulturmission zu erfüllen.

Daß wir gegen Messerstechereien und andere Brutallösungen sind, brauchen wir nicht zu betonen, aber wir verdammen auch die Methode der Generalisierung, die aus solchen Einzelheiten Schlüsse auf das Gebahren freier Arbeiter ziehen will, doch wir wollen mit Herrn Schweinburg über solche Dinge nicht polemisieren, ist er doch verträglich zur Ausnahme derartiger schädlicher Artikel verpflichtet.

Daß die Bielefelder Rede des Kaisers mehr praktische Wirkung gezeitigt hat, wie die meisten anderen Kaiserreden, war uns schon aus Berichten aus Bielefeld bekannt, es wird in obiger Korrespondenz bestätigt. Unsere deutsche Justiz verstand den Witz.

— Kriegsministerien und Heimarbeit. Außer dem preussischen Kriegsminister haben nun auch die sächsischen und bayerischen Kriegsminister die Eingaben, welche um Abschaffung der Heimarbeit ersuchten, abschlägig beschieden.

— Die Postbeamten und die Parteien. In der (letzten) Nummer 28 des „Deutschen Postboten“, des Organs der Post-Unterbeamten, finden wir einen Leitartikel, der sich mit der heuchlerischen und doppelzüngigen Politik des Zentrums den Interessen der Post-Unterbeamten gegenüber befaßt. Das Zentrum hat bekanntlich bei der Beratung der Beamtenbeförderungsvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus, wo diese Partei nicht in der Lage ist, etwas durchzusetzen, erklärt: entweder Aufbesserung der Unterbeamten-Gehälter oder Verwerfung der ganzen Vorlage! Im Reichstage aber, wo das Zentrum immer entscheidet, hat es dagegen die auf Aufbesserung der Gehälter der Post-Unterbeamten abzielenden Anträge des Abgeordneten Singer munter niedergelassen! — Auch sonst ist der Artikel interessant, weil er zeigt, daß der jetzt in Deutschland herrschende „Zug nach links“ auch in den Kreisen der meist bisher so duldenden Post-Unterbeamten immer stärker wird! Bezeichnend ist z. B. folgender Satz:

„Bei den Konservativen und Nationalliberalen haben wir bisher eine vollständige Politik vernünftigen müssen, wenn also diese Parteien für unsere Interessen nicht... eingetreten sind, so brauchen wir uns nicht weiter zu wundern.“

Mittheilung, wie wir nun einmal sind, rathen wir der konservativen und nationalliberalen Partei, sich bei Zeiten nach einigen Parade-Unterbeamten umzusehen, ehe sie rar werden.

Reizlosig sind wir nur, wie und ob sich das Zentrum aus dieser fatalen Situation herausziehen wird! —

— Statistik der Gefängnisarbeit. Dem in Leipzig tagenden deutschen Normenrathe hat der Geh. Regierungsrath Dr. Krohne aus dem preussischen Ministerium des Innern zugelegt, dem Verbands vom nächsten Jahre ab eine genaue Statistik zugehen zu lassen, in welcher Zahl und mit welchen Normenarbeiten Strafgefangene beschäftigt werden.

— Aus Pommern. Der Landrath des Kreises Stolp, Geheimregierungsrat v. Puttkamer, erläßt am 28. v. M. „portofrei laut Averb“ an sämtliche Lehrer des Kreises folgende Verfügung:

Neuerdings hat der Herr Richard Haffe hier selbst unternommen, vor Beginn der von ihm arrangirten Versammlungen des „Bauernvereins Nord-Ost“ das „Deutsche Reichsblatt“ und den „Bauernfreund“ durch noch schulpflichtige Kinder vertheilen zu lassen. Ich kann hierin nur einen Mißbrauch der Schulpflicht zu gemeinschaftlichen Zwecken erblicken, da die vertheilten Schriften ohne Zweifel Aufreizungen wider die königlichen Behörden enthalten, und er suche die Herren Lehrer recht dringend, diesem Mißbrauch der Schulpflicht auf das entschiedenste entgegenzutreten. Es wird dies auch zweckmäßigste dadurch geschehen, daß jeder Lehrer, der von einer beabsichtigten Versammlung in seiner Ortschaft Kenntnis erhält, einige Tage vorher die Schulpflicht auf die Möglichkeit, daß der Herr Haffe auch an sie mit dem gleichen Verlangen herankommt, aufmerksam macht, und ihnen untersagt, sich in irgend einer Weise mit ihm einzulassen.

Der Herr Landrath hat bekanntlich in Uebereinstimmung mit dem Gölliner Regierungspräsidenten auf Grund des nicht mehr zu Recht bestehenden § 10 des Preussischen Pressgesetzes vom 12. Mai 1851 verboten, „Reichsblatt“ und „Bauernfreund“ in den Versammlungen des Bauernvereins Nordost zu vertheilen, weshalb die selben durch Boten in die Wohnungen der Ortsgeistlichen geschickt werden. Das schulpflichtige Kinder zum Zeitungstragen nicht benutzt werden sollen, billigen wir. Werden doch im Kreise Stolp auch zum Vertheilen von Zeitungen der Landwirthsbändler Kinder benutzt. Freilich Herr Geheimrath v. Puttkamer ist weit entfernt, ein solches Verbot aus sozialpolitischen Rücksichten des Kinderschutzes zu erlassen. Ihn leiten bloß Agrarier-schützende Interessen.

— Schulzustände im Osten. Der Elementarunterricht ist bekanntlich im preussischen Staat obligatorisch; alle Kinder, so weit sie nicht anderweitig ordnungsmäßig unterrichtet werden, müssen vom zurückgelegten 6. bis zum vollendeten 14. Lebensjahre die öffentliche Schule besuchen. Das Hauptverbot zur Durchführung dieser in einem Kulturstaat im Osten selbstverständlichen Vorschrift muß doch nun sein, daß der Staat auch für Unterbringung der Kinder in den Volksschulen Sorge trägt. Bekanntlich hapert es aber im Osten mit dem Schulwesen noch ganz gewaltig, die Klagen über Ueberfüllung der Schulen, schlechte Beschaffenheit der Schulgebäude und Lehrerwohnungen wollen nicht verkümmern. Immerhin dürfen die Verhältnisse im Kreise Kosten einigermaßen dastehen. Hier gibt es Kinder im vorgerückten Alter, die überhaupt noch keine Schule besucht haben. So wird der „Posener Zeitung“ aus Modrze (Kreis Kosten) berichtet, daß dort ein neun Jahre alter Knabe lebt, der bis jetzt noch keinen Schulunterricht genossen hat, weil in der Schule — sein Platz für ihn ist!

Wenn die „Germania“, das Organ der sicherlich nicht schulfremdenlichen Zentrumspartei, sich so wie in obiger Noth über die Schulzustände im Osten entsetzt, dann müssen es die Agrarier schon arg treiben!

— Aus dem schlesischen Arbeiter-Dorado. Graf Strachwiz auf Bertelsdorf, Zentrumsmittglied des preussischen Abgeordnetenhauses, hatte vor einiger Zeit wegen der bekannten, auch von uns an anderer Stelle behandelten Besprechung des schlechten Zustandes der Arbeiterwohnungen auf dem Strachwiz'schen Domänium gegen das „Raubauer Tageblatt“, das hierüber zuerst berichtete, Klage erhoben, weil er sich in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher beleidigt fühlte. Gleichzeitig hatte Graf Strachwiz in einigen literarischen Blättern eine Erklärung veröffentlicht, daß die in jener Besprechung behaupteten Thatsachen „nach jeder Richtung hin unwahr“ seien. Das „Raubauer Tageblatt“ hielt dieselben aber voll und ganz aufrecht und erklärte sich bereit, den Wahrheitsbeweis zu führen. Es wurden insolge dessen eine größere Anzahl Zeugen vernommen, welche sich von den Verhältnissen, unter denen die polnischen Arbeiter des Grafen Strachwiz damals leben mußten, aus eigenem Angesehen überzeugt hatten. Die Aussagen dieser Zeugen scheinen für den Grafen Strachwiz nicht günstig ge lautet zu haben, denn am Sonntag ging dem angeklagten Redakteur von der Staatsanwaltschaft in Görlitz die Mittheilung von der Einstellung des Verfahrens zu.

— Bayerische Bauernbewegung. Am Sonntag erklärte sich der bayerische Bauern- und Bürgerbund in einer Versammlung zu Wiesmühl bei Littmoring für die Schaffung einer bayerischen Volkspartei. Durch Annahme einer diebzüglichen Resolution erklärte auch die Versammlung ihr Einverständnis mit dieser neuen Partei. Die Partei soll engberzig bayerisch-partikularistisch und antipreußisch sein und „zur Abwehr der wirtschaftlichen Unterdrückung des Südens und Westens Deutschlands durch den Norden“ hinter der bayerischen Regierung stehen.

Als ein Zeichen für die Schwächung der Stellung des Zentrums in Bayern sind solche Meldungen nicht ohne Bedeutung. Und daß diese Zeichen nicht zufällig sind, geht aus einer Meldung aus Ingolstadt hervor, wonach dort im Wahlkreis des Zentrumshauptlings Schädler bauernbändlerische Wahlmänner gewählt wurden.

— Versammlungsfreiheit in Bayern. Aus Neuhau in Oberfranken wird der „Mündener Post“ geschrieben: Am 1. August nachmittags sollte hier im Saale der Carläthe eine öffentliche Versammlung stattfinden. Die Anmeldung war vom Wirth unterschrieben und vom Einrufer bereits am Donnerstag an den Stadtmagistrat Neuhau eingeschickt worden. Statt der erwarteten Beschäftigung kam nun folgendes Schreiben:

Auf die Anzeige vom 28. v. M. vom 30. Juli 1897, früh 6 Uhr, wird Ihnen mitgeteilt (sic!), daß der Richter der Carläthe u. Lokaltälten, Herr Oswald Jakob hierher, soeben hier- ans erklärt hat, daß er den Saal der Carläthe zu einer öffentlichen Volksversammlung am Sonntag, den 1. Aug., nicht abgeben kann.

### Magistrat.

(Unterschrift unleserlich.)

Man hat hier eines der eklatantesten Beispiele für die politische Anhängigkeit der Wirthschaft von gewissen Behörden. Die „Münd. Bürger-Ztg.“ theilt ebenfalls zum Vereinsgesetz mit, der Bezirksamtmann von Raufbeuren habe erklärt, daß eine Versammlung der Bauernbändler in der Wirthschaft zu Nicht abgehalten werden könne, da der Richter keine Konfession habe. Der Raun betreibt aber bereits seit Monaten seine Wirthschaft, ohne daß ihn von der Verwaltungsbehörde das geringste Hinderniß in den Weg gelegt worden wäre.

— Militarismus kontra Zentrum. Wie der Schwäbische Volksfreund“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat Delau und Stadtpfarrer Magg in Ulm vom dortigen Festungsgouverneur den Befehl erhalten, aus dem katholischen Männerverein auszutreten. Unglaublich aber wahr! Delau Magg ist nämlich auch Garnisonspfarzer. Solcher aber ist er doch nur im Nebenamt. Die Veranlassung zu diesem Vorfall scheint die Aufnahme einer Bestimmung in die Statuten des katholischen Männervereins gegeben zu haben, nach welcher dieser sich in politischen Fragen auf den Standpunkt des Zentrums stellt. Sofort demüthigte nun die demokratische Presse des Schwabenlandes, daß auch Militärpersonen dem Verein angehören, und flugs war der Festungskommandeur mit seinem Befehle da!

Wenn das Zentrum auch diese Seite des Militarismus kennen lernt, ist das nicht von Schaden.

— Chronik der Majestätsbeleidigung. Pro- zesse. Eine Majestätsbeleidigung wegen eines Flugblattes,

welches am Sonntag vor acht Tagen in Frankfurt a. M. vertheilt wurde, soll nunmehr gegen den Herausgeber, Gen. Wilh. Schmidt, den Vertreter Frankfurt's im Reichstage, angeklagt werden. Es handelt sich um die Stelle, wo von dem industriellen Exportommissionar König Stamm die Rede ist. Außerdem sind fast alle Sätze, worin von den bürgerlichen Parteien die Rede ist, inkriminirt und zwar auf Grund des § 130, wegen Anreizung zum Klassenhaß; ferner den Schlußsatz, wo von dem bedrohten Reichstagswahlrecht gesprochen wird, hat der Staatsanwalt deswegen roth angegriffen.

### Italien.

Rom, 3. August. „Esercito“ veröffentlicht eine Unterredung mit General Albertone über die gestern von der „Tribuna“ veröffentlichte Entrevue mit General Baratieri. Aus derselben geht hervor, daß General Albertone in dem Kriegsrathe, der vor der Schlacht bei Adua abgehalten wurde, nicht die Offensive angethan, sondern sich darauf beschränkt habe, auf die von Baratieri gestellte Frage zu antworten, ob man die Position aufgeben solle oder nicht. Er habe so wenig daran gedacht, am 29. Februar den Feind anzugreifen, daß er noch am Vormittag desselben Tages 1200 Mann absandte, um Requisitionen vorzunehmen. Albertone erklärte, er bewahre die Erinnerungen an den Feldzug, die er nach Austritt aus dem aktiven Dienste veröffentlicht werde; er beabsichtige, binnen kurzem aus dem aktiven Dienste zu scheiden.

### Spanien.

Madrid, 4. August. Hier sind 32 Personen, zum größten Theile Frauen, verhaftet worden insolge der gestrigen Unruhen innerhalb der Stadtmauern. Das Gerücht, daß der Polizeipräsident seine Entlassung nachgesucht habe, bestätigt sich nicht.

### Griechenland.

— König Georgios läßt durch seinen Ministerpräsidenten bestimmen, daß er abzutreten beabsichtige, wenn die Finanzkontrolle Europas eingeführt werden sollte. König Georgios hat wohl eingesehen, daß er von niemandem für unentbehrlich gehalten wird, und daß ihn niemand in Griechenland zurückhalten will.

### Affien.

Juden. Die zwei verhafteten Zeitungs-Redakteure von Iznik sind wegen Anfeindung gegen die englische Regierung vor das Schwurgericht, das im September zusammentritt, verwiesen worden. — Der indische Professor Chokale, der die englischen Soldaten schamlos betrogen gegen Hindustanen angeklagt hatte, hat die Erklärung abgegeben, daß er die Anklagen, die von glaubwürdiger Seite bei ihm erhoben worden seien, nicht aufrecht erhalten könne. Die Erklärung ist sehr gewunden und scheint von der Angst eingegeben zu sein.

Der Grenzriegel im Nordosten wird von den Eingeborenen mit außerordentlicher Hartnäckigkeit geführt. Die Engländer werden Tag für Tag und Nacht für Nacht angegriffen; und jedesmal kommt es zum Handgemenge, zum Kampf an nächster Nähe, der für die Engländer verlustreich ist. Man nimmt an, daß die „Aufständischen“ von Afghanistan aus unterstützt werden.

### Afrika.

— Ueber die Geldentschädigung an die Transvaal-Regierung wird nach der „Morning Post“ in gut informierten Londoner City-Kreisen berichtet, daß Rhodes und Beit an die Regierung von Transvaal 5 Millionen Mark als Entschädigung für den durch Jameson's Einfall verursachten Schaden gezahlt hätten.

### Amerika.

— Präsident Mac Kinley hat, so wird der „Frankf. Ztg.“ aus New-York gemeldet, angeblich den amerikanischen Gesandten in Honolulu instruirirt, sofort das Protektorat über Hawaii zu erklären.

— Zur Durchführung des neuen Zolltarifs der Vereinigten Staaten wird der Londoner „Morning Post“ aus New-York gemeldet, daß seitens des Schahamites beschlossen wurde, nicht zu veruchen, die Aufkündigung, daß der neue Tarif im Mitternacht am 29. Juli in Kraft getreten ist, durchzuführen, bevor nicht die Frage durch Gerichtsbeschluß entschieden ist.

### Für den

## Unterricht in Fortbildungsschulen,

und zwar für die kleineren gewerblichen Fortbildungsschulen, mit vier- bis sechsöchentlichen Unterrichtsstunden, hat der Minister für Handel und Gewerbe Vorschriften über die Lehrpläne erlassen, die man im allgemeinen als praktisch und den Bedürfnissen des Erwerbslebens entsprechend bezeichnen muß. Daß bei der gegenwärtigen fremden Rührung in der Regierung auch mehrfach auf die „Pfleger des religiösen Sinnes“ hingewiesen wird, ist ja selbstverständlich. Im übrigen aber sind bei der Abfassung dieser Bestimmungen vernünftige Grundzüge maßgebend gewesen.

Bei Aufstellung der Lehrpläne ist davon auszugehen, daß der Unterricht vorzugsweise für das bürgerliche Leben von Nutzen sein und den Lebens- und Berufsinteressen der Schüler dienen soll. Dabei ist auf die örtlichen gewerblichen Verhältnisse (Ueberviegen eines bestimmten Berufs u. s. w.) Rücksicht zu nehmen und zugleich die Pflege des religiösen Sinnes und der Liebe zum Vaterlande im Auge zu behalten. — In jeder Klasse müssen wöchentlich mindestens 4 Unterrichtsstunden ertheilt werden, von denen je 2 dem Unterricht im Deutschen und Rechnen (einschließlich Buchführung) zu widmen sind. Bei 5 Stunden sind 2 auf Zeichen und 3 auf Deutsch und Rechnen, bei 6 je 2 auf Zeichen, Deutsch und Rechnen zu verwenden. Die Lehrstunden sind so zu vertheilen, daß, abgesehen vom Zeichen, für gewöhnlich dieselben Schüler in dem gleichen Lehrgegenstande nicht 2 Stunden hintereinander unterrichtet werden.

Dem Vese-Unterricht ist ein gutes Lesebuch zu legen, dessen Inhalt das Interesse der Schüler für ihren Beruf zu fördern, ihren stillen Willen zu stärken und die Vaterlandsliebe zu beleben geeignet ist. — Lesebücher, deren Inhalt die Angehörigen einer Konfession verkehren könnte, sind nicht gestattet; auch ist die Benutzung von Lesebüchern, die in den Volksschulen gebraucht werden, zu vermeiden. Auf jeder Stufe sind Lesebücher zu berücksichtigen, deren Inhalt entnommen ist: 1. dem religiös-sittlichen Leben, 2. der Gewerbetunde, 3. der Naturwissenschaft, Geschichte und Geographie, 4. der Körperkunde und Volks-wirtschaftslehre.

Aus der Gewerbetunde sind im Anschluß an geeignete Vorklänge die Grundzüge der Verfassung des Deutschen Reichs und des preussischen Staats, die Vorschriften der Gewerbe-Ordnung über die Arbeiterverhältnisse (einschließlich der Gesellen- und Lehrlingsverhältnisse), das Gesetz über die Gewerbe-gerichte und die Versicherungs-Gesetzgebung zu behandeln. Belehren aus dem Gebiete der Volkswirtschaft haben sich auf die Erläuterung wichtiger Einrichtungen des heutigen wirtschaftlichen Lebens (wie Sparkassen, Genossenschaftswesen, Vesteuerung u. s. w.) zu beschränken, wobei theoretische Erörterungen der Grundbegriffe nach Möglichkeit zu vermeiden sind.

Ein planmäßiger Unterricht in der Sprachlehre und Rechtschreibung kann in der Fortbildungsschule nicht ertheilt werden; es wird sich indessen bei der Besprechung der in den Aufsätzen von den Schülern gemachten Fehler Gelegenheit bieten, die in betracht kommenden Regeln kurz zu wiederholen. Auf den unteren Stufen wird es ferner nöthig sein, häufiger Diktate schreiben zu lassen. Diese sind so einzurichten, daß diejenigen Wörter und Sprachformen geübt werden, deren Schreibweise den Schülern erfahrungsmäßig besondere Schwierigkeiten bietet. — Ein besonderer Unterricht in Schönschreiben ist in der Regel nicht zu ertheilen; zur Erzielung einer gefälligen Handschrift ist aber streng darauf zu halten, daß alle schriftlichen Arbeiten sauber und so gut wie möglich angefertigt werden.

Beim Rechnenunterricht müssen in jeder Lehrstunde mündliche und schriftliche Uebungen mit einander abwechseln. Der schrift-



lichen Aufzeichnung schwieriger Aufgaben muß die mündliche Lösung leichter und übersichtlicher Beispiele derselben Sattung vorangehen. Die Lösung ist von den Schülern unter Anleitung des Lehrers zu finden; durch selbständiges Vorrechnen in möglichst knapper Form haben die Schüler den Beweis zu liefern, daß sie die Aufgaben und den Gang der Lösung verstanden haben. Bei den mündlichen Übungen ist der Gebrauch eines Rechenbuchs für Lehrer und Schüler nicht statthaft. — Aufzuschreiben sind Aufgaben mit zu großen Zahlen, sowie solche, deren Lösung nur eine gewisse Geschicklichkeit bedingt, die aber für die Ausbildung des gewerblichen Berufes ohne Nutzen sind. Auch ist zu beachten, daß verschiedene Lösungen derselben Aufgabe die Schüler mehr fördern, als die Lösung vieler Aufgaben nach derselben Schablone.

Wenn auch Operationen mit unbenannten Zahlen, besonders beim Kopfrechnen nicht aufzuschreiben sind, so sollen doch in der Regel eingeleitete Aufgaben, zu denen der Stoff möglichst dem Gewerbe der Schüler zu entnehmen ist, gewählt werden. Damit bei Stellung der Aufgaben alle Annahmen und Angaben (Preise, Entfernungen, Gedächtnis beim Ein- und Verkauf u. s. w.) den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, muß sich der Lehrer durch häufigen Besuch von Werkstätten verschiedener Art und durch persönlichen Verkehr mit Handwerkern und anderen Gewerbetreibenden über die einschlägigen gewerblichen Verhältnisse seines Bezirks genau unterrichten. —

## Partei-Nachrichten.

**Partei-Konferenzen.** Am 29. d. M. findet in Wetzlar eine gemeinsame Parteikonferenz der Oberhessischen und Königsberg-Neumarkter Kreise statt. Hauptberathungssachen sind Reichs- und Landtagswahlen und Aenderung des § 6 des Parteiprogrammes.

Auf der Konferenz des ersten hessischen Reichstags-Wahlkreises, die am Sonntag in Alten-Buseck tagte, wurde Genosse Scheide mann wieder einstimmig als Reichstags-Abgeordneter aufgestellt. Derselbe wurde auch zum Parteitag nach Hamburg delegiert. — Am 29. August findet in Sieben die hessische Landeskonferenz statt.

**Von der Agitation.** In der Mark Brandenburg werden an jedem Sonntag eine ganze Anzahl Versammlungen abgehalten, bei denen Berliner Genossen als Einberufer bzw. Referenten mitwirken. Jede dieser Agitations-Versammlungen der weiteren Umgebung Berlins einzeln aufzuführen, ist selbstverständlich unmöglich. Am vergangenen Sonntag wurde eine Versammlung in Cumarzdorf abgehalten, in der Genosse Zubeil über die jetzige politische Situation sprach; am gleichen Tage hielt Wagner in Berlin eine Versammlung in Zielentzig ab. Am 18. v. M. sind im Oberhessischen Kreise 16 000 Flugblätter „Attentat u. s. w.“ verbreitet worden, welche gute Aufnahme fanden.

Das Oberhessische Agitations-Komitee macht bekannt, daß der Genosse Schuhmacher-Solingen vom 5. bis 14. September eine Agitationsreise durch Rheinland unternimmt.

**Zur Wahlbetheiligungsforderung.** Auf der Parteikonferenz für den Reichstags-Wahlkreis Hagen-Schwelm fand folgende Resolution Annahme: „Dem nächsten ordentlichen Parteitag zu empfehlen, den Kölner Parteitagbeschl. betr. Wahlbetheiligung an den Landtagswahlen aufzuheben, und es den einzelnen Genossen frei zu stellen, wie sie sich event. verhalten wollen.“

**Ueber den Fortschritt des Sozialismus in Galizien** wird der „Köln. Ztg.“ aus Lemberg u. a. geschrieben: „Welche außerordentlichen Fortschritte der Sozialismus unter den ländlichen Arbeitern Ostgaliziens und der Bukowina in der letzten Zeit gemacht hat, stellt sich jetzt bei der Einbringung der Ernte heraus. Vielen Großgrundbesitzern bleibt die Ernte auf den Feldern liegen, weil die Landarbeiter ausständig sind. Auch jetzt im Sommer finden fortwährend geheime sozialistische Versammlungen auf dem Lande statt, die außerordentlich zahlreich besucht werden. Bei den letzten Reichstags-Wahlen in Galizien sind auch gerade auf dem Lande sehr viel Stimmen für die sozialistischen Kandidaten abgegeben worden. Wenn hier und da die Kleinbauern und die Landarbeiter den sozialistischen Fehern gegenüber die Besichtigung aussprechen, daß dieser Landarbeiter-Anstand doch vielleicht ungünstig für die Arbeiternehmer ausfallen könnte und diese mit ihren Familien im Winter Noth leiden müßten, haben die Ausständfahrer allerhand Beschwichtigungsmittel. Vor allem erzählen sie den Tagelöhnern und Kleinbauern, daß, falls der Ausstand mißlingen sollte, die Streikenden ganz ruhig nach Canada auszuwandern könnten. Die dortige Regierung würde die Auswanderer mit offenen Armen aufnehmen, ihnen unentgeltlich Sändereln für Harnen u. s. w. geben.“ (Red. d. „Vorw.“) Nun haben zwar in den letzten Tagen die Behörden sowohl in der Bukowina wie in Galizien mehrere Ausständfahrer verhaftet, aber der Ausstand hat deswegen an Ausdehnung nicht eingebüßt. Uebrigens fangen auch die Kleinbauern und Landarbeiter in Galizien bereits an, ihre Ackergeräthe zu boykottieren. Der Ackergeräthebesitzer Mikotajewicz auf Sabince hatte in seinen Feldern gewisse Waldungen, die von den Bauern fleißig benutzt worden waren, gesperrt. Infolgedessen boykottieren die Bauern den Wälder und flehen den Hof, als wäre er verpöbelt. Mikotajewicz bekommt keinen einzigen Bewohner des Dorfes zur Arbeit.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Der frühere verantwortliche Redakteur der Breslauer „Volkswacht“, Genosse Jahn, hat dieser Tage in Wohlau eine Gefängnisstrafe von drei Monaten angetreten. Er soll in einem Artikel den Kommissarius Leder in Breslau und die Abtheilung für Schulwesen bei der Regierung in Potsdam beleidigt haben.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

**Achtung Töpfer.** Aus Demmin wird uns mitgetheilt, daß 6 Kollegen abgereist sind, weil Berliner Ofensetzer dorthinkamen und die vorliegenden Arbeiten zu solchen Preisen ausführen, mit denen die dortigen Kollegen nicht zurechtkommen können.

Von Braunshweig ging uns eine anonyme Postkarte zu, auf der gesagt ist, es solle kein Streikgeld mehr geschickt werden, der Streik sei aufgehoben, die Streikenden arbeiten sämmtlich für eigene Rechnung. Wir erlauben uns, an der Richtigkeit dieser Mitteilung stark zu zweifeln und ersuchen die Kollegen allerwärts, nicht eher in Braunshweig, wie auch in Wilhelmshaven, Rosold und Birna Arbeit anzunehmen, bis durch uns bekannt gemacht ist, daß Jüng ferngehalten nicht mehr nöthig ist. Der Centralvorstand des Verbandes der Töpfer Deutschlands.

### Deutsches Reich.

**Auf einen Van in Magdeburg** haben 70 Mann, Maurer und Hilfsarbeiter, die Arbeit niedergelegt, weil der Unternehmer den Polier entlassen hatte. Die Entlassung fand deshalb statt, weil der Polier nach Ansicht des Baumeisters die Leute nicht genug antreibe. Jeder Maurer verarbeitete pro Tag im Durchschnitt 800 Steine.

**Die Arbeit niedergelegt** haben in Stettin 15 Dachdecker-Gesellen bei den Dachdeckern W. und P. Gläser. Die Forderung ist eine Stundenlohn-Erhöhung um 5 Pf. Von den Ausständigen sind 10 verheiratet, 5 ledig. Von den sechs am Orte befindlichen Arbeitgeber haben drei bereits die Forderung bewilligt. Einer beschäftigt keine Gesellen.

**Zu Albeck** sollen bürgerlichen Blättern zufolge die Unternehmer beschlossen haben, die Maurer, die eine Lohnherhöhung von 5 Pf. pro Stunde verlangen, auszusperren, wie überhaupt die Arbeit auf sämmtlichen Bauteilen ruhen zu lassen.

**Zum Tischlerstreik in Lüneburg** wird berichtet: Am Sonnabend Abend trat zum ersten Male das Einigungsausschuß zusammen, um zwischen den Möbelfabrikanten und den streikenden Möbelschülern zu vermitteln. Dasselbe war von den Fabrikanten angenen worden. Die Verhandlungen verliefen, wie vorausgesehen war, resultatlos.

**Der Bergarbeiter-Anstand im Mensehvit-Altenerger Revier** ist beendet. Am Montag und Dienstag früh sahen Berg-

schaffen an. Eine Versammlung am Dienstag Vormittag hob den Anstand auf. Leider ist nicht bewilligt, es soll jedoch in 8 bis 14 Tagen auf jeder Grube mit der Belegschaft verhandelt werden und event. Bewilligungen eintreten. Bei der Verhandlung am Sonnabend waren nur der Berginspektor Böhnisch und der Berggrath Schanz aus Zeig anwesend, beide verhandelten auch nicht mit der Kommission der Bergleute, sondern nur mit einem einzelnen Führer. Die Kommission, die sich infolge mangelhafter eingehender Gelder gezwungen sah, die Aufnahme der Arbeit zu empfehlen, legte dies der Versammlung am Sonnabend vor, die in ihrer Majorität dafür stimmte. Es herrscht unter den Bergleuten eine große Bitterkeit und sind dieselben gewillt, für Aufbringung der Mittel zu sorgen, damit sie in der Zukunft gerüsteter dastehen. Etwa 15 Mann sind gemahregelt, doch wird die Mehrzahl in einigen Tagen auf anderen Gruben eingestellt. Trotz der Niederlage haben die Bergarbeiter guten Muth, sie sagen sich: Aufgehoben ist nicht aufgehoben.

**Zu der Schuhfabrik von Wildorf in Weiskensfeld** sind sämmtliche Arbeiter in den Streik getreten.

**Der Anstand in der Schweinfurter Gussfabrik** geht, wie uns von dort mitgetheilt wird, hervorgerufen worden durch das schnelle Auftreten eines von Berlin dahin gekommenen Betriebs-Ingenieurs. Herr Mühlam, so heißt der Herr, führte auch die Franzenarbeit ein; vorige Woche kündigte er wiederum 30 Arbeitern, an deren Stelle Frauen beschäftigt werden sollen. Sämmtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Werkmeister und Vorarbeiter sind am Streik betheiligt, es sind zusammen 824 Personen. Die Streikenden verlangen die Entlassung des Ingenieurs. Diffe ist dringend nöthig. Sendungen sind zu richten an Joh. Fiedler, Gasthaus zum Löwen, Schweinfurt. Die Streikkommission.

### Ausland.

**In Triest** streiken über 1800 Schiffbauer. Ferner streiken die Tischlergesellen. Der Anstand der Holzverlader dauert fort. Insgesamt streiken 2800 Arbeiter. Die meisten streiken, um für die Freilassung Gambetta's zu demonstrieren. Es wurden Sicherheitsmaßregeln getroffen.

**Die Achtstundebewegung der englischen Maschinenbauer.** Von den 40 000 Arbeitern, die jetzt an dem Kampfe betheiligt sind, gehören 17 000 der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer an, 18 000 sind Mitglieder der verwandten Gewerkschaften und 5 000 sind Nicht-Unionisten. Das der Streik sich ausdehnen wird, ist gestern in einer Vorstandssitzung der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer vom Generalsekretär derselben mitgetheilt worden. Nach ihm werden in der nächsten Woche in Votton über zwanzig Firmen die Aussperrung ankündigen, und es sei sehr wahrscheinlich, daß die Arbeitgeber in Oldham sich dem Unternehmerverband anschließen würden; dadurch würden aller über 1000 Mitglieder der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer arbeitslos werden. Die letztere erlegt darum ihren 70 000 Mitgliedern, welche noch arbeiten, von der nächsten Woche ab eine erhöhte Steuer auf und nimmt von jedem arbeitenden Mitgliede dann 3 Schill. 6 Pence wöchentlich, wovon 1 Schill. den Nicht-Unionisten zukommt. — Eine Deputation der Firma hat einige japanische Arbeiter eingestellt. Das scheint indessen von geringerer Bedeutung zu sein, denn es dürfte doch wohl schwer halten, eine genügende Anzahl japanischer Maschinenbauer herbeizuschaffen, so daß sie ihrer Zahl und ihrer Qualität nach die Streikenden zu ersetzen vermöchten. Die Unternehmer bereiten ein Manifest internationalen Charakters vor.

## Soziales.

**Ueber die Betheiligung von Schulkindern an Treibjagden** hat die königliche Regierung in Magdeburg eine Verfügung erlassen, worin darauf hingewiesen wird, daß Schulkindern weder vom Schulinspektor noch vom Lehrer zu Treibjagden vom Schulbesuch dispensirt werden dürfen, und daß die Eltern, deren Kinder gleichwohl aus diesem Anlaß der Schule fern bleiben, wegen Schulverhinderung zu bestrafen sind.

**Streikbrecher** — Vancas. Unter dieser Epithete heißt das „Hand. Echo“ mit, daß der Hamburger Verein für Handlungs-Kommis von 1888 die bei seiner Untersuchungskette um Pisse nachzuweisen nichtleidenden Handlungsgehilfen nach Bergedorf verweist, wo sie in der gegenwärtig von einem Streik betroffenen Strohrohr-Fabrik Arbeit nehmen sollen. Unterföhung wird den nichtleidenden Handlungsgehilfen unter Hinweis auf die Möglichkeit, in Bergedorf freilebende Arbeiter ersuchen zu können, verweigert. — Die Herren Kaufleute im Verein für Handlungs-Kommis von 1888 denken sich gewöhnlich über den Arbeiter bedeutend erhaben; da berührt es denn eigenenthümlich, daß dieser kaufmännische Verein den nichtleidenden Standesgenossen die Alternative stellt, entweder zu verhungern, oder als Streikbrecher für eine Strohrohr-Fabrik zu dienen. Ehrliche Arbeit, so bemerkt hierzu treffend das „Echo“, schäudet sicher nicht und ehrt unter allen Umständen den Mann. Hier handelt es sich aber um Arbeit, die in Arbeiterkreisen als verpöbt gilt. Da berührt es doch eigenenthümlich, daß der „Verein für Handlungs-Kommis von 1888“, resp. dessen Unterstützungsbureau, die nichtleidenden Kaufleute auf diese Art von Arbeit verweist. Ueberdies ist auch nicht ersichtlich, was die Strohrohr-Fabrikation mit dem kaufmännischen Beruf zu thun hat, dessen Föbung doch der Verein auf seine Fahne geschrieben hat. Da entsteht denn die Frage, welchen Zweck der Verein für Handlungs-Kommis von 1888 resp. dessen Unterstützungsbureau wohl mit diesem Verfahren verfolgt? — Ist es Eigennutz, der daraus abzielt, ein paar Pfennige Unterstützung den armen nichtleidenden Standesgenossen abzuknappen? Oder ist es das Streben, die Unternehmer bei ihrem Kampfe mit den Arbeitern thätig zu unterstützen dadurch, daß unter Ausbeutung der Nothlage der stillen Standesgenossen diese durch Entziehung der Unterstützung gezwungen werden sollen, bei dem von einem Streik betroffenen Unternehmer, als „Arbeitswille“ in Stellung zu treten? — Das eine wie das andere ließe den „Verein für Handlungs-Kommis von 1888“ in einem nicht weniger als vortrefflichen Licht erscheinen.

**Die Vätergesellen** Breslauer stimmten einer Resolution zu, in der von den Meistern genaue Beachtung des Maximal-Arbeits-tages gefordert wird, so zwar, daß eine längere als zwölf, inkl. Ruhepausen dreizehnstündige Arbeitszeit auf keinen Fall mehr in den Werkstätten stattfinden darf; außerdem die Einführung eines Registers, auf welchem die Anfangszeiten der Arbeitsschichten eines jeden Tages der Woche verzeichnet sind. Auch ist es dringend erwünscht, daß die früheren Arbeitslöhne wieder durchweg eingeführt werden.

**Kindrarbeit auf dem Lande.** Ein Gutbesitzer aus der Umgegend von Strassburg i. L. hatte sich an den Rektor der dortigen Volksschule, Herrn Stiens, gewandt, dieser möge den Kindern zur Kenntnis bringen, er verlange Kinder zum Zuckerrüben-verziehen, Haden u. s. w. Der Rektor kam diesem Wunsche des Herrn nach, anstatt dieses Anerbieten enträthet zurückzuweisen. Der Schulmann erblickt offenbar nicht Schlimmes darin, wenn von den Kindern die zur Erholung bestimmten Pundstagsferien auf dem Felde bei der Arbeit zugebracht werden. Das Schreiben ist in allen Klassen herumgegangen, um den Kindern von der oben bezeichneten Arbeit bei dem Gutbesitzer Kenntniss zu geben. Es ist dies — beiläufig bemerkt — derselbe Herr Rektor, der seinerzeit den Zeitungsprediger Vie bei der Staatsanwaltschaft denunzirte, weil Vie einige Exemplare des „Wahren Jakob“ durch seinen Sohn hatte unverhüllt austragen lassen. Der Publik der Bilder sollte „verderblich auf den Geist der Kinder einwirken“ und „den Jovet der Schulzeit vereiteln“. Die vom frühen Morgen bis späten Abend andauernde Arbeit auf dem Felde scheint nach Ansicht des Herrn Rektor Stiens auf Geist und Körper der Kinder dienlich einzuwirken, oder wie will er sonst anders sein Verhalten in dieser Sache rechtfertigen? Die Kinder werden — gegen 80 Knaben und Mädchen — morgens vor 6 Uhr am Marktplatz auf sogenannten Rüben- oder großen Pelterwagen abgeholt, das Gut ist nämlich über eine halbe Meile von Strassburg entfernt, und lehren erst gegen 10 Uhr abends wieder zurück. Sie erhalten einen Tage-

lohn, je nach der Leistungsfähigkeit, von 40—50 Pf. und Mittagbrot, das allerdings viel zu wünschen übrig läßt. Mittunter erhalten sie, wenn noch vor der Abfahrt Zeit übrig ist, auch einen Trunk Milch mit auf den Weg.

**Zur Frage der Erwerbsthätigkeit schulpflichtiger Kinder.** Der Lehrverein Hannover-Einde hatte den Regierungspräsidenten um Erlaß einer Verordnung ersucht, nach welcher Kinder im Alter von 6—10 Jahren morgens vor dem Schulunterricht zu seiner Arbeit verwendet, Schulkinder nach 9 Uhr abends überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen, und die Gesamtzeit der Beschäftigung an einem Tage höchstens 4 Stunden betragen sollte. Dieses Gesuch wurde vom Stadtschulrath Dr. Wehrhan nicht befürwortet (S), da nach seiner Meinung die Erhebungen des Lehrvereins unvollständig seien. Der Regierungspräsident trat dieser Auffassung bei, und hielt es die Schulabtheilung der Regierung nicht für geboten, von schulausschließenden weiteren Maßnahmen zu treffen, da die Hauptlehrer bereits angewiesen seien, einer schädigenden Erwerbsthätigkeit schulpflichtiger Kinder wirksam entgegenzutreten. Dagegen hat die Regierung das Polizeipräsidium ersucht, zu prüfen, ob es sich empfehle, in Ergänzung der Bestimmungen der Ortspolizeiverordnung etwa zu verordnen, daß Kinder unter 14 Jahren zum Austragen von Zeitungen, Backwaren, Milch und anderen Gegenständen nicht morgens vor Beginn der Schulzeit, zum Regelaussähen, sowie überhaupt zu irgend welchen Verrichtungen in Wirtschaften nicht morgens vor Beginn der Schulzeit oder nach 9 Uhr abends verwendet werden dürfen. Darauf hat der Polizeiprääsident geantwortet, daß er es nicht für unbedeutlich halte, in das Erwerbsleben der Familie durch ein prinzipielles Verbot der Kinderarbeit vor Schulbeginn einzugreifen; auch erscheine ihm die Zustimmung an die Wirths, das Regelaussähen und andere Verrichtungen nach 9 Uhr abends nur durch erwachsene Personen bewirken zu lassen, hart und schwer durchführbar. Dagegen ist er der Ansicht, daß Kinder unter 12 Jahren überhaupt nicht zum Erwerbe herangezogen werden dürfen. Nunmehr ist der Magistrat um eine Meinungsäußerung ersucht worden.

**Ueber die Lage der Arbeiter-Glashütte von Albi-Carmanx** verbreitet sich Jaurès in einem längeren Artikel der „Petite République“. Er zeigt die außerordentlichen Schwierigkeiten des Unternehmens, auf welche wir selber schon wiederholt aufmerksam gemacht haben. Technische Schwierigkeiten, administrative Schwierigkeiten und vor allem Mangel an genügenden Mitteln — dazu die tödtliche Feindschaft der Kapitalisten und Behörden. Die meisten Schwierigkeiten sind glücklich überwunden worden. Trotz aller Schlägen hat die Glashütte ihren Betrieb sachgemäß eingerichtet und organisiert, und sich auch einen genügenden Absatz gesichert, so daß sie jetzt, wie schon früher bemerkt, in der Lage ist, einen dritten Hochofen zu eröffnen. Allein es fehlt an Kapital — die Glashütte, deren Verwaltung aufs beste geregelt ist, trotz der anarchischen Verwirrungen des französischen Stumm, Plebisciter, verfügt, wie Jaurès offen sagt, über gar keine Reserve. Und diesem Zustand, der auf die Dauer unerträglich ist, trotz des wachsenden Absatzes, muß abgeholfen werden. Von den französischen Gewerkschaften sind zu diesem Zweck 20 000 Wons à 5 Francs ausgegeben worden; dieselben geben jedoch nur langsam ab, und Jaurès wendet sich an die Arbeiter mit einem beredten Appell, die Wons doch rasch unterzubringen. Er benützt die Gelegenheit, um diejenigen, die vom strengsozialistischen Standpunkte aus prinzipielle Bedenken gegen die Unterföhung einer Produktivgenossenschaft haben, davon zu überzeugen, daß die Glashütte der Arbeiter ein Unternehmen ist, dessen Gelingen der ganzen sozialistischen Partei von Vorteil, dessen Scheitern ihr von großem Nachtheil sein würde. Wir können nur wünschen, daß der Appell des Genossen Jaurès von Erfolg sein möge. —

## Gewichts-Beitrag.

**Stoff zu einem Roman** lieferte eine Verhandlung, die heute vor dem Schöffengericht II stattfand und gegen den Referendar A. D. Langguth gerichtet war. Die Anklage lautete auf Zechprellerei bezw. Betrug. Der Angeklagte stammt aus einer hochachtbaren Familie, sein Vater ist Oberlehrer in einer thüringischen Stadt. Der Angeklagte studierte Jura, beging aber die Unvorsichtigkeit, schon als Student sich mit einer jungen Dame zu verloben, die aus einer bescheidenen Familie seiner Eltern stammt. Das Verhältniß blieb nicht ohne Folgen und infolgedessen gab es ein ernstes Familienzwist. Nach der Heirath sah sich der junge Mann gänzlich mittellos. Der „Referendar“ hatte zwar bereits seine Doktorarbeit bei der juristischen Fakultät in Jena eingereicht, dieselbe wurde auch als genügend befunden, indessen fehlten ihm die Mittel, dieselbe drucken zu lassen und so wurde er nicht Doktor und mußte den Staatsdienst gänzlich aufgeben. Trotzdem kam er hoffnungsvoll nach Berlin, hier glaubte er sicher, eine seiner Bildung angemessene Stellung zu finden, er hatte sich aber arg verrechnet. Zwar gelang es ihm, eine Beschäftigung als Versicherungsagent zu erhalten, aber ihm fehlte in der ihm fremden Großstadt jede Bekanntschaft, jede Verbindung. Um dem „Agenten“ ein nobles Mäntelchen unzuhängen, ließ er sich „Doktor“ und „Assessor“ titulieren. Aber er war es nun einmal nicht und da ihn obendrein der Hunger wiederholt fortriß und er bei Studenten und Gastwirthen kleine Anleihen machte, um sich einmal bescheiden satt zu essen, unter dem Vorsprechen, „morgen oder übermorgen“ zu zahlen, obwohl er wissen mußte, daß er dazu außer Stande war, so bekam er es endlich mit dem Strafrichter zu thun, der ihm neun kleine Zechprellereien vorhielt. Daß er sich fälschlich „Doktor“ und „Assessor“ nennen lassen, wurde ihm nicht angerechnet, wohl aber, daß er den ganzen juristischen Stand in hohen Grade kompromittirt habe. Er wurde daher zu fünf Monaten Gefängnis verurtheilt, wovon ein Monat auf die Unterföhungshaft angerechnet wurde.

**Tod auf dem Karouffel.** Eine unbeschreibliche Brutalität führte heute den Würfelbesitzer Arthur Ferdinand August Vorchardt aus Berlin unter der Anklage der fahrlässigen Tödtung vor die zweite Ferienkammer am Landgericht II. Der wenig über 20 Jahre alte Angeklagte trat vor dem Gericht als echter Berliner Nordde auf. Ihm wurde zur Last gelegt, ein Kind, den 10jährigen Sohn der Wittve Lornow in Friedrichsberg getödtet zu haben. Im März d. J. hatte er bei einem Karouffelbesitzer Aufstellung als Maschinenschmierer gefunden. Das Karouffel war in Friedrichsberg aufgestellt. Am Nachmittage des 20. März bemerkte der Angeklagte von seiner durch einen Vorhang verdeckten Maschine aus, daß der kleine Lornow sich auf das Karouffel schwang, das eben in Gang gesetzt wurde, um als blinder Passagier mitzufahren. Er sprang hinzu, ließ den Knaben herab und da derselbe mit seinem Jackenärmel hängen blieb und mit herumgeschleift wurde, trat er demselben mit dem Fuße auf den Kopf, und bewirkte damit, daß der Knabe ganz zu Boden stürzte, dabei aber mit dem Kopf an einen Pfahl schlug und dann auf dem Gesicht liegen blieb. Der Knabe vermochte zwar sofort wieder aufzustehen und Jagen des Vorfalles mit zum Amtsbureau zu begleiten, auch bei der Feststellung des Thatbestandes noch Rede und Antwort zu geben, aber er mußte alsdann sofort einem Arzte zugeführt werden, der seine Unterbringung in einer Heilanstalt anordnete. Dort ist der verletzte Knabe am folgenden Tage verstorben und zwar, wie Kreisphysikus Dr. Eiten heute gutachtlich bekundete, an Erstickung, für welche es aber keine erkennbare Erklärung gab. Indessen hat sich auch eine Beschädigung des Gehirnes feststellen lassen und es gebort in der medizinischen Wissenschaft durchaus nicht zu den seltenen Beobachtungen, daß detartige Gehirnverletzungen zu Lungenlähmungen führen. Ob die Gehirnverletzung aber auf den Fußeitritt von seitens des Beschuldigten oder auf das Aufschlagen des Kopfes an einem Pfahl zurückzuführen sei, dafür habe sich absolut kein Anhalt ergeben. Der Angeklagte wurde mit absoluter und unerschütterlicher Sicherheit als der Thäter rekonstruirt, dennoch leugnete er beharrlich, auch dann noch, als ihm der Vorfall wiederholt vor Augen führte, daß an seiner Schuld nicht der leiseste Zweifel bestehe, daß er sich die Mißthe des Gerichtshofes daher nur durch ein aufrichtiges und reumüthiges Geständniß erwirken könne. Der Staatsanwalt be-



antragte zwei Jahre Gefängnis und da der Angeklagte auch jetzt noch nicht dem ersten Mahnen des Vorsitzenden Gehör schenkte, so erkannte der Gerichtshof auf die beantragten zwei Jahre Gefängnis und wurde auch die sofortige Verhaftung des Angeklagten beschloffen.

Die Verhandlung gegen die in Untersuchungshaft sitzende Klavierlehrerin **Schredes** wegen des gegen den Einjährig-Freiwilligen **Reibstein** in verübten Mordes wird das hiesige Schwurgericht gleich in der ersten Sitzung nach Beendigung der Verhandlungen in der zweiten Hälfte des Monats September beschäftigen. Vor kurzem hatte übrigens der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt **Paul Frons**, den Antrag gestellt, seiner Klientin zu gestatten, sich eine stumme Klaviatur zu beschaffen und auf diese Weise auch im Untersuchungsgefängnis die Fingerübungen anstellen zu können, die für ihren Lebensberuf notwendig sind. Dem Antrage ist, dem Vernehmen nach, Folge gegeben worden. Neu ist eine derartige Vergünstigung nicht. Bekanntlich hat seiner Zeit Professor **Gustav Graefe** Gelegenheit gehabt, während der Dauer seiner Untersuchungshaft ein ganz verändertes Bild seines „Märchen“ herzustellen.

Der gegen den Schriftsteller **Paul Blumenthal** neuerdings wiederum erlassene Steckbrief ist die Folge der nun schon 9 Monate lang währenden Voruntersuchung, die auf „Untreue“ gerichtet ist und nicht bloß Vorkommissionen bei der Verwaltung des Theaters „Alt-Berlin“, sondern auch solche bei der Einrichtung des „Theaters des Westens“ betrifft.

## Versammlungen.

Der Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag im Lokale von **Bernau**, Schwedterstraße, eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Genosse **Ledebour** sprach in feffendster Weise über „Die neuesten Rechte-Daten zur Ausrottung der Sozialdemokratie“. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Vereinsangelegenheiten theilte der Vorsitzende mit, daß am 7., 14. und 21. November in der „Urania“ Vorstellungen für den Verein stattfinden. **Bernau** tadelt lebhaft die sehr mangelhafte Beteiligung der Mitglieder an der letzten Flugblattverteilung.

Eine öffentliche Versammlung der Beamten in Orts-Krankenkassen und Berufsgenossenschaften fand am Dienstag Abend bei **Riegel** in der Stralauerstraße statt. Herr **Julius Cohn** von der Ortskrankenkasse der Kaufleute referierte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der betreffenden Beamten und die eventuelle Wahl eines Delegierten zur Gewerkschaftskommission. Er rügte eine ganze Reihe von Mißständen, unter denen die Kassenbeamten zu leiden haben. So sei es z. B. eine große Ungerechtigkeit, daß neu anzustellende Kassenbeamte auch heute noch aus den Reihen der Kassenmitglieder genommen würden, während die aus den Krankenkassen anderer Branchen ausgeschiedenen Kassenbeamten nicht genommen würden. — Um die Gehaltsverhältnisse zu ermitteln, seien Fragebogen an die Ortskrankenkassen verschickt worden, die zum Theil beantwortet eingegangen sind. Daraus habe sich ergeben, daß die Gehälter der Mehrzahl nach ganz ungenügend sind. Als Mindestsätze müßten verlangt werden: für einen Rentanten monatlich 200 M., für verheiratete Kassenbeamte 150 M., 200 M. oder mehr bekommen jedoch nur die Rentanten bei 11 Berliner Orts-Krankenkassen. Die Goldschmiede zahlen 120, die Weber 120, die Sattler 133, die Strumpfwirker 110 M. Die Gehälter der sonstigen Beamten seien noch weit niedriger und gingen bis auf 60 Mark monatlich herunter. Ferner sei die Bureauzeit in der Regel ziemlich lang, auch müßten vielfach unbezahlte Ueberstunden gearbeitet werden. Bei den Berufsgenossenschaften seien die Verhältnisse oft noch schlechter, als bei den Kassen. — Der Verband der Verwaltungsbeamten der Ortskrankenkassen Deutschlands habe nun gebittet, diese Verhältnisse bessern zu können, indem er durch Petitionieren an den Reichstag zc. die feste pensionsberechtigende Anstellung der Kassenbeamten erwirken wollte. Er habe aber nicht bedacht, daß, wenn dies erreicht würde, nicht die gegenwärtigen Kassenbeamten, sondern Militärärzte angestellt würden. Von der Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg des genannten Verbandes (von welcher Gruppe auch diese Versammlung ausgeht), sei deshalb eine Lohnkommission der Kassenbeamten gewählt worden, die sich mit den Kassenvorständen behufs Aufbesserung der Lage der Beamten in Verbindung setzen solle. Außerdem schlage die Gruppe aber auch vor, einen Vertreter in die Berliner Gewerkschaftskommission zu entsenden.

In der sich anschließenden Diskussion werden mehrfach Zweifel angeregt, ob die Mehrheit der Kassenbeamten auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehe und ob ein eventueller Vertreter deshalb in der Gewerkschaftskommission überhaupt angenommen werden würde. Der Vorsitzende des Zentralvereins der Bureau-Angestellten, **Bauer**, weist auf diesen Verband hin, dem die Kassenbeamten sich anschließen müßten, wenn sie sich organisieren wollten. Wenn die Kassenbeamten im Geiste der modernen Arbeiterbewegung kämpfen wollen, dann dürfen sie sich nicht zersplittern. Rechtsanwalts-Beamte, Versicherungsbeamte, die Beamten der Alters- und Invaliditätsversicherungs-Anstalten, der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen könnten nicht alle ihre besonderen Verbände gründen, sondern müßten sich dem für sie bereits bestehenden Zentralverein anschließen. — Der Vorsitzende **Ab. Cohn** meint, die Krankenkassen-Beamten hätten ganz andere Arbeitgeber, als die übrigen Beamten, nämlich Arbeiter, und deswegen müsse auch eine ganz besondere Taktik befolgt werden. Auch habe die gewerkschaftliche Erfahrung gezeigt, daß die indifferenten Leute durch keine Spezialorganisationen besser gefaßt werden können, als durch allgemeine Zentralvereine. Für später wäre jedoch eine Verschmelzung ins Auge zu fassen. — Ein anwesendes Vorstandsmitglied der „Allg. Orts-Krankenkasse der Arbeiter“ meint, daß die Kassenbeamten insofern ihre Lage nicht selten verschlechtern, als sie die Mitglieder im groben Ton behandeln und sich dadurch die Sympathien des Vorstandes verschaffen. Kassenbeamter **Donat** bemerkt hierzu, daß die Beamten häufig durch Lügen der Mitglieder zu diesem Ton gezwungen würden und damit sehr viel ausdrückten. Schließlich wird — nachdem eine Anfrage **Willars'** vor eigenem, hinter einem zu wählenden Gewerkschaftsdelegierten stehen würde, mit dem Hinweis auf die Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg des genannten Kassenbeamten-Verbandes beantwortet ist — Herr **Albert Cohn**, Beamter der Orts-Krankenkasse für Handlungsgehilfen und Lehrlinge, zum Delegierten in die Gewerkschaftskommission gewählt. Für eine Beteiligung in der Gewerkschaftskommission waren 14, dagegen 7 Personen. Eine Reihe von Herren hatten sich schon vor Schluß aus der nur sehr schlecht besuchten Versammlung entfernt.

In der Versammlung der **Zimmerer**, die am Dienstag in der „Berliner Ressource“ tagte, berichtete **Fischer** für die Lohnkommission über das Resultat der Wählerlisten. Nach den Ausführungen des Redners hat sich die Situation seit Aufhebung der Lohnbewegung wesentlich nicht geändert. Allerdings versuchen mehrere Unternehmer, wie im Vorjahre so auch jetzt, den Arbeitern das Erzeugnisse freitrag zu machen und verschiedene glauben an den Reiben der Arbeitslosen, die insbesondere durch die neue Bauart, bei der weniger Arbeitsgelegenheit für die Zimmerer vorhanden ist, immer zu verzeichnen sind, genügend billigeren Arbeitskräfte zu erhalten. Fast überall haben die Arbeiter jedoch durch einmüthige Arbeitsmilderung gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen protestiert und damit den Unternehmer veranlaßt, schon nach einigen Stunden die Lohnreduzierung rückgängig zu machen. Nur auf einzelnen Plätzen, wo die Arbeit nicht drängt, wird sich ein längerer Kampf notwendig machen. Verschiedene Unternehmer verfolgten in letzter Zeit die Praxis, die Forderungen schließlich anerkennen, aber die alten Arbeiter nicht wieder einzustellen, sondern an deren Stelle neue anzunehmen. Gegenwärtig sind dadurch, daß auf mehreren Plätzen die vordem bewilligten Forderungen reduziert worden sind, 200 Gewerkschaftliche vorhanden. Das Verhältnis ist aber insofern dasselbe geblieben, als in den letzten Tagen von verschiedenen Unternehmern, die vordem nicht bewilligt hatten, die Forderungen anerkannt wurden. Wie der Redner anführte, verspricht die Konjunktur

in den nächsten Wochen eine sehr gute zu werden, so daß der Lohn von 60 Pf. bei neunständiger Arbeit allgemein zur Durchführung gelangen dürfte, zumal thatsächlich jetzt schon auf vielen Plätzen allerdings die Forderungen nicht bewilligt sind, aber doch die Mehrzahl der daselbst beschäftigten Zimmerer den Stundenlohn von 60 Pf. erhält. Eine Milderung der bisherigen Taktik, worüber die Lohnkommission und die berufenen Vertreter der Organisationen mehrmals berathen haben, wurde, wie der Redner mittheilte, nicht für nothwendig erachtet. In der hierauf folgenden Diskussion wurden die Versammelten aufgefordert, den Organisationen beizutreten, für rege Beteiligung an den Sammlungen zu wirken und für genügende Kontrolle der gesperrten Plätze zu sorgen, sowie den Arbeitsnachweis zu meiden, um die Aufrechterhaltung des Erzeugnisses zu ermöglichen. Von einem Redner wurde angeregt, daß auch auf nicht bewilligten Plätzen mit Bewilligung der Lohnkommission gestattet werde Arbeit anzunehmen, um die indifferenten Zimmerer, die daselbst beschäftigt sind, für die Bewegung zu gewinnen. Der Vorschlag wurde allgemein belächelt und nachdem mehrmals darauf hingewiesen, daß die Unternehmer der Bewegung wegen künstlich die Arbeit zurückhalten und folgedessen in nächster Zeit eine recht günstige Beschäftigung für die Zimmerer eintreten wird, gelangte folgende, von der Lohnkommission vorgeschlagene Resolution zur Annahme: „Die in der Berliner Ressource tagende öffentliche Versammlung der Zimmerer beschließt, nach Kenntnisaufnahme des Berichtes der Lohnkommission an der bisherigen Taktik festzuhalten, da unter den gegebenen Verhältnissen eine Milderung derselben nicht möglich und nur Vortheile für die Unternehmer bringen könnte. Die Anwesenden verpflichten sich, nach wie vor diejenigen Arbeitsstellen zu meiden, auf welchen der Stundenlohn von 60 Pf. nicht bezahlt wird. Sollten einzelne Unternehmer, welche schon 60 Pf. bezahlen, Abzüge vornehmen oder ankündigen, so ist sofort die Arbeit niederzuliegen und nicht eher aufzunehmen, bis der alte Lohnsatz gezahlt wird. Die Gewerkschaften haben die Baustellen täglich zu bewachen und dafür zu sorgen, daß keine billigeren Arbeitskräfte auf derselben anfangen. Jeder arbeitende Zimmerer hat bis auf weiteres wöchentlich 1 M. zum Agitationsfonds zu zahlen sowie jeden Arbeitswechsel der Kommission anzuzeigen und sich denselben beschreiben zu lassen. Diejenigen Kameraden, welche in unbewilligten Baugeschäften einen Stundenlohn von 60 Pf. erhalten, wird dies auf ihren Wunsch bestätigt, sofern sie eine Bescheinigung vom Arbeitgeber vorlegen und sich verpflichten, nicht billigeren Arbeit zu verrichten.“

Ein Antrag (von **Weder**, nach welchem die Lohnkommission beauftragt werden soll, die Vorstände der beiden am Orte bestehenden Organisationen zu einer Sitzung zusammen zu berufen, um eine Einigung in dieser Frage herbeizuführen, wurde, nachdem der gegenwärtige Zeitpunkt als hierfür ungeeignet erachtet worden war, abgelehnt. Hingegen der weitere Vorschlag, in welchem die Lohnkommission beauftragt wird, bei der Kommission des Arbeitsnachweises anzufragen, wie weit die Verhandlungen der Innung, betreffend die Theilnahme der Arbeiter an der Verwaltung des Nachweises, gediehen sind, angenommen. Einstimmig abgelehnt wurde ein Antrag, die unverberatheten Kameraden aufzufordern, Berlin zu verlassen und hierauf die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Bewegung der Zimmerer geschlossen.

Die Zahlstelle des Verbandes der Buchbinder nahm in ihrer Versammlung vom 26. Juli den Antrag an, die Ausgesperrten von der Firma **Friedberger u. Sedlmayer** zu unterstützen. Den Geschäftsbericht erstattete **Bräcker**. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des I. Quartals 1408 männliche und 868 weibliche, zusammen 2276 Mitglieder. Davon wurden gestrichen 865 männliche und 375 weibliche Mitglieder, zusammen 1240 Personen. Neu aufgenommen sind 143 männliche und 109 weibliche, zusammen 252 Mitglieder. Somit bleibt ein Bestand von 1188 männlichen und 602 weiblichen, insgesammt von 1790 Mitgliedern, es wäre somit wieder eine Abnahme von 488 Mitgliedern zu verzeichnen. Hieran schloß sich eine lebhafte Diskussion über die Urabstimmung und es wurde der Wunsch geäußert, dieselbe niederzuschlagen und das Resultat in dem Fachorgan zu veröffentlichen, von 1850 Stimmen, die ausgebracht werden sollten, wurden 1172 Stimmen ausgebracht. **Seifarth** erstattete den Kassensbericht, danach betrug die Einnahme für die Zentralkasse 5515,15 M., Ausgabe an Arbeitslosenunterstützung 1218,75 M., an Rechtschutz 81,77, an 20 Pct. am Orte behalten 980,48, und an die Verbandskasse abgeführt 3234,14 M. Der Bestand vom 1. Quartal betrug 1005,46 M., die Einnahmen betragen 1020,79 M., sind zusammen 2026,19 M. Die Ausgaben betragen 1515,40 M., bleibt ein Bestand von 510,79 M. Hierauf schritt man zur Wahl der Hilfskassierer und wurden **Rause, Gerlach, Schmitz** und **Sang** gewählt.

Eine öffentliche Töpferversammlung fand am 8. August bei **Nietz** in der Weberstraße statt. Eingangs gab der Vertrauensmann **Behl** seinen Rechenschaftsbericht vom zweiten Quartal 1897; demselben war zu entnehmen, daß einer Einnahme von 180,83 M. einschließlich einem Bestand von 60,82 M. vom ersten Quartal eine Ausgabe von 114,65 M. gegenübersteht, so daß für das dritte Quartal ein Bestand von 66,18 M. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wurde der Vertrauensmann einstimmig entlastet. Die Abrechnung der Streikkommission, dargelegt von **Cheemitz**, wies eine Ausgabe von 163 M. gegenüber einer Einnahme von 1318,50 M. auf, so daß der gegenwärtige Bestand des Streikfonds 1150,50 M. ausmacht. Auf Antrag der Revisoren erfolgte einstimmige Entlastung der Streikkommission. Bei Punkt „Verschiedenes“ entspann sich eine ausgedehnte Debatte; im Verlaufe derselben wurde **Daudert** verschiedenerseits darüber interpellirt, warum er die am 6. Juli beschlossene Generalversammlung der lokalen Organisation, deren Vorsitzender er sei, so lange hinausgeschoben habe; der Schlußtermin sei am 15. August, bis zu diesem Datum müsse laut Beschlusse der Arbeiter der Kollegen zur zentralen Organisation erfolgt sein. In den Kollegenkreisen herrsche begriffliche Verwirrung, einerseits glaube man, der Arbeiter sei schon erfolgt, andererseits wieder wären Stimmen laut geworden dahin, daß, sobald der lokale Verein aufgelöst sei, wieder ein neuer gegründet würde. **Daudert** erklärte hierzu, daß er noch vor dem 15. die Generalversammlung einberufen werde und zwar zu einer Zeit, die den Kollegen noch Raum lasse, ihren Abtritt vor der abgelaufenen Frist zu bewerkstelligen. Betreffend den Vertrieb der Streikfondsmarken wurde beantragt, daß dieselbe auch des Sonntags bei **Mahle**, Klosterstraße, und bei **Babiel**, Rosenthalerstraße, zur Ausgabe gelangen. Hierüber entspann sich eine längere Diskussion, in welcher noch verschiedene Momente mit hineingezogen wurden, theils persönlicher theils formeller Natur. Während dieser Debatte erklärte **Daudert**, nachher auch **Cheemitz**, ihr Amt als Kommissionsmitglieder sofort niederzuliegen. Nachdem von einigen Rednern die unliebsamen persönlichen Reibereien verurtheilt worden, und zur endgültigen Regelung der Organisationsfrage gedrängt war, erklärte **Thieme**, daß er nur seiner Beitragspflicht zum Streikfonds nachkommen werde. Hiernach wurde gegen 8 Stimmen beschlossen, die bis jetzt üblichen Marken zur freiwilligen Sammlung im Zusammenhang mit der Geschäftskommission vom heutigen Datum (8. August) an aufzugeben. Einstimmig beschloß die Versammlung, die Arbeiter der Kommission mit Wegfall der wenig nützlichen, zeitraubenden bürokratischen Arbeiten dem Vertrauensmann **Behl** zu übertragen, der sich zur Uebernahme derselben bereit erklärt hatte. Zu diesem Zwecke haben die in der vorhergehenden Versammlung ernannten Revisoren mit der Kommission übergiltig abzurechnen und das Material dem Vertrauensmann zu übergeben.

**Schöneberg**. Aus Anlaß meiner **Schöneberger** Rede über **Richard Wagner** als Revolutionär in der Kunst ist, wie es scheint, ein aus der gleichen Quelle kommender Bericht in einem großen Theil der bürgerlichen Zeitungen übergegangen. Dieser Bericht ist eine mehr oder minder irrige Wiedergabe meiner Ausführungen. Es lobt nicht der Mühe, allen jenen unrichtigen Angaben hier ent-

gegenzutreten; nur zwei Punkte möchte ich unbedingt richtig gestellt sehen.

So ist zunächst behauptet worden, daß mir der Arbeiterbildungsverein Vollmacht gegeben habe, den Standpunkt der Versammlung gegenüber der Redaktion des „Vorwärts“ zu vertreten. Richtig ist es, daß in einer Resolution ausgesprochen wurde: Sollte sich hieran eine erhebliche Auseinandersetzung in der Berliner Presse reihen, so bevollmächtigt die Versammlung den Referenten zur Führung der erforderlichen Polemik.

Und nun der andere mir wichtiger erscheinende Punkt. Ich soll erwähnt haben, daß das Proletariat mit **Stolz H. Wagner** als Revolutionär schlechthin für sich reklamieren könne. Dieser Behauptung liegt natürlich ein recht grober Irrthum zu Grunde, von dem aus dann verschiedene hiesige Redaktionen neue und darum ganz unhaltbare Schlüsse gezogen haben. Ich habe **Wagner** als revolutionären und revolutionären **Rüstler** gewürdigt, aber entfernt ist es mir nicht befallen, ihn für irgend eine politische Partei zu „reklamieren“. Im Gegentheil, ich führte aus, daß **Wagner**, ganz erfüllt von künstlerischen Plänen und Arbeiten, außerhalb der politischen Parteien stand; ich hob ausdrücklich hervor, daß **Wagner**, dessen Anschauungen über die Nothwendigkeit der Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände auch der moderne Proletarier bis zu einem gewissen Grade ohne Gewissensstrudel akzeptieren könne, nichtsdestoweniger kein bewußter Sozialist im neuzeitlichen Sinne gewesen sei.

Zum Beweise hierfür verwies ich unter anderem auf den utopischen Kommunismus **Saint-Simons**, über dessen gefühlssozialistischen Vaukreis weder **Frantz Liszt**, noch in gewissem Sinne sein Freund **Wagner** jemals hinausgekommen sind; auch **Wagner** nicht, trotzdem ihm der Kommunismus die Aufhebung des Egoismus bedeutete, trotzdem er als Schriftsteller in der nachdrücklichsten Weise an Stelle der „Restauration“ (der Reform) die gewaltthätige Revolution als nothwendig nachzuweisen bemüht war.

Es handelte sich mithin für mich nicht um eine unberechtigte „Reklamation“, sondern um einfache Feststellung gegebener Thatsachen.

**Fritz Kunert.**

## Anwetter und Ueberflimmungen.

**Dresden**, 4. August. Der Personen- und Güterverkehr zwischen **Blasewitz**—**Pirna** wird am 5. August von der „Sächsisch-böhmischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft“ wieder eröffnet. Am 6. August erfolgt die Ausdehnung des Verkehrs auf die Strecke **Dresden—Blasewitz—Pirna** und am 7. August auf die ganze Linie. In mehreren Ortschaften an der Elbe werden jezt Erhebungen über eingebrachtes Strandgut von Sachverständigen und von der Landgendarmarie eingeleitet. Der Werth des geborgenen Gutes ist stellenweise ein hoher.

**Dresden**, 4. August. Amtlich wird bekannt gemacht: Der Verkehr auf den Linien **Annaberg—Zschä**, **Pirna—Großschöta** und **Kohlgrube—Johannstein** ist wieder aufgenommen.

**Dresden**, 4. August. Amtlich wird gemeldet: Der Gesamtverkehr auf den Linien **Grünstädtel—Obertrietze** und **Mulda—Roldan** vom 4. d. M. ab wieder aufgenommen. Die Strecke **Lichtenberg—Mulda** bleibt für den Güterverkehr noch 8 Tage gesperrt.

**Omunden**, 4. August. Das Hochwasser hat sich hier verlaufen. Die Zufuhr von Lebensmitteln ist normal, der Verkehr mit **Elz** und **Salzburg** ungestört.

**Wien**, 4. August. Die Staatsbahnstrecken **Wien—Wöllabrunn** mit Umfängen zwischen **Prinzersdorf—Lodorf**, ferner **Wien—Klein-München**, **St. Pölten—Leobersdorf**, **St. Pölten—Herzogenburg—Auenbrunn** sind für den Verkehr wieder frei. Auf der Linie **Klein-Neisling—Selthal** wird der Tagesverkehr voraussichtlich am 6. d. M. wieder aufgenommen werden können, wodurch dann der Verkehr über **Kapfenstein—Selthal** nach **Salzburg**, **Tirol** und darüber hinaus sowie nach **Kufsee** wieder frei wird.

**Freiburg**, 4. August. Aus **Lieben**, **Sainburg** und anderen Ortschaften wird Hochwasser gemeldet. **Deutsch-Altenburg** ist mitsammt dem Bade und dem Kurhause überschwemmt. Eine Abtheilung Pioniere ist zur Vornahme von Rettungsarbeiten angelangt. Mehrere Personen sind ertrunken.

**Budapest**, 4. August. („Frankf. Zig.“) Das Hochwasser hat erstere Dimensionen angenommen. Die Donau ist seit gestern weiter gestiegen. Die unteren Quais stehen unter Wasser.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

**Wien**, 4. August. (B. D.) Ein gestern hier niedergelagener Wolkenbruch mit Hagelschlag hat mehrere Stadttheile überschwemmt. Die Schloßmauer ist an verschiedenen Stellen eingestürzt und auf der **Saybuscher** Bahnstrecke sind durch Gleisrutschungen Verkehrsstörungen eingetreten.

**Breslau**, 4. August. (B. D.) Der direkte Verkehr **Berlin—Breslau** über **Sagan** wird morgen wieder aufgenommen.

**Trautman**, 4. August. (B. D.) Die Zahl der Opfer der Wasserkatastrophe ist nun auf 59 angewachsen; jedoch werden immer noch Personen als vermisst gemeldet.

**Wien**, 4. August. (B. D.) Der direkte Personenverkehr zwischen **Wien**, **Tirol**, der Schweiz und Frankreich ab **Südbahnhof** via **Bruck—Leoben—St. Michael-Rustein** ist wiederhergestellt.

**Paris**, 4. August. (B. D.) Das Justizpolizeigericht der Seine verhandelte heute den Prozeß, der auf Verlangen der ottomanischen Botschaft wegen Verleumdungen des **Sultans** gegen die Zeitung „**Mechveret**“ eingeleitet war. Der Staatsanwalt beantragte eine mäßige Strafe gegen die drei Angeklagten, den Geranten **Douillon** und die Redakteure **Habelmann** und **Ahmed Niza**. Dieselben wurden zu Geldstrafen von je 100 Fr. verurtheilt.

**London**, 4. August. (B. D.) Unterrichts- Finanzkreise sehen den Abschluß der griechischen Kriegskontributionsleihe als perfekt an. Die Beteiligten daran sind außer reichen Griechen nur gewisse französische und englische Bank-Kontoren. Der Zinsfuß soll sehr hoch sein. Der Widerstand des Königs gegen die fremde Administration gilt als nur zum Schein.

**London**, 4. August. (B. D.) Unterhaus. Gelegentlich der zweiten Lesung der Appropriationsbill leitete **Courtnay** die Aufmerksamkeit auf die Kündigung der Handelsverträge mit **Deutschland** und **Belgien** und bemerkte, seine Äußerungen richteten sich nicht gegen die Schutzpolitik oder deren Nothwendigkeit überhaupt, aber es würden durch die Kündigung im Auslande und besonders in Frankreich große Mißverständnisse hervorgerufen. Die Kündigung der Verträge widerspreche dem System des Freihandels nicht, noch könne sie zum Tarifstreik führen. **Chamberlain** erklärte, der Zweck der Bemerkungen **Courtnay's** sei nicht klar. Die Kündigung der Verträge sei entsprechend dem einstimmigen Wunsche der Kolonien mit Selbstverwaltung erfolgt, welche mit dem Vereinigten Königreich unter Vorzugsbedingungen Handel zu treiben wünschten.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte **Chamberlain**: Man erwartet von mir hinsichtlich des **Transvaal** zu erklären, daß, falls Schwierigkeiten über die Deutung der Konvention entstehen, diese Fragen einem Schiedsgericht überwießen werden. Es wäre aber ein außergewöhnliches und beispielloses Verfahren, einem fremden Tribunal Streitigkeiten zwischen dem **Südafrika** und dem untergeordneten Staate zu unterbreiten.

**Konstantinopel**, 4. August. (Meldung des Wiener T. Z. Telegr.-Corresp.-Bureaus.) Infolge einer körperlichen Züchtung dreier Zöglinge des Vorbereitungsjahrganges kam es gestern in der medizinischen Militärschule zu einer Verfehlung gegen die Subordination, wegen deren einige Zöglinge verhaftet wurden. Der politische und militärische Sicherheitsdienst ist in den letzten Tagen wesentlich verschärft worden.



Lokales.

An die Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises für den Bezirk Osten! Parteigenossen! Wiederholt haben wir Euch an dieser Stelle aufgefordert, dem Wahlverein beizutreten. Wenn auch dieser Aufforderung vielfach entsprochen wurde, so ist dennoch die Mitgliederzahl im Verhältnis zur Stärke der Partei viel zu schwach. Erst jetzt ist durch den lebhaften Protest in weiten Kreisen der Bevölkerung der Versuch der preussischen Regierung, das Koalitionsrecht der Arbeiter einzuschränken, erfolgreich zurückgeschlagen. An die Genossen tritt aber nun die erste Verpflichtung heran, für den Wahlkampf im nächsten Jahre gerüstet zu sein, um neuen reaktionären Plänen die Spitze zu bieten. Zu dem Zwecke müssen unsere Organisationen gestärkt und gekräftigt dastehen. Mitglieder können sich in allen Zahlstellen des Vereins aufnehmen lassen. Zur unentgeltlichen Vertretung an die Mitglieder gelangt jetzt die Broschüre des Genossen Schippel über die Wahlfrage. Am Dienstag, den 10. August, findet im Lokal Königsplatz, Große Frankfurterstraße 117, eine Versammlung des Vereins statt, in der Genosse Liebknecht referieren wird. Wir bitten die Mitglieder, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Die Vorbereitungen zum großen Sängerkongress in Pichelsdorf, das am kommenden Sonntag stattfindet, sind nunmehr nahezu vollendet. Die Besorgung des Vorlaudes des Arbeiter-Sängerbundes, das bis zum Tage des Festes die Kanalisationsarbeiten auf der Strecke der elektrischen Straßenbahn zwischen Spandau und Pichelsdorf nicht beendet sein wird, ist gehoben, da der Betrieb auf beiden Geleisen vor sich gehen wird. Die Dampfschiffahrt-Gesellschaft, welche im vorigen Jahre von ihrer Sonntagstour, für die Tour von Spandau bis Pichelsdorf 20 Pf. nicht abzugeben ist, hat sich zum diesjährigen Sängerkongress eines besseren belehren lassen, indem sie die Tour mit 10 Pf. berechnet. Eine wesentliche Besserung, im Vergleich zu vorigem Jahre, ist auf dem Terrain, auf welchem das Fest stattfinden, in diesem Jahre vor sich gegangen. Die Neuerung wird bei allen Festteilnehmern Anklang finden. Das Programm ist gut gewählt und werden sich außer den Mitgliedern des Bundes sämtliche Festteilnehmer aktiv daran beteiligen. Hoffen wir nach allen Seiten hin auf ein gutes Gelingen.

Die Erneuerung im telegraphischen Verkehr mit London ist jetzt probeweise auf dem hiesigen Haupt-Telegraphenamt eingeführt worden. Es sind 5 Leitungen nach London vorhanden, welche sämtlich im großen Parterresaal des Hauptamtes in der Jägerstraße mit Hughes-Apparaten verbunden sind. Hughes ist der ausgiebigste Typen-Druckapparat, auf welchem mit Beilichkeit 1000 Worte in der Stunde übermittelt werden können. Durch Umänderung des Systems ist es nun gelungen, Duplex-Hughesapparate einzuschalten, wodurch gleichzeitig auf demselben Draht hin- und zurück telegraphiert werden kann. Ein englischer Ingenieur ist zur Zeit noch mit Justierung der hiesigen Apparate beschäftigt. Dasselbe System wird auch auf einer Kabelleitung nach Seltin angewandt und funktioniert ausgezeichnet.

Elektrischer Betrieb ist die Barock. Am Dienstag Vormittag hat auf der Charlottenburger Chaussee eine Probefahrt von Akkumulatorenwagen stattgefunden, der auch der Hauptmann Vogel, der Kommissar für das öffentliche Fahrwesen, beizuwohnte. Die Große Berliner Pferdebus-Gesellschaft hat auf ihrem Bahnhof in Rixdorf eine Fahrkule eingerichtet, in der das Personal mit der Einrichtung und dem Fahren von elektrischen Wagen vertraut gemacht wird, sobald bei Einführung des elektrischen Betriebes die Beschaffung von geeignetem Personal gar keine Schwierigkeiten bieten wird. Eine ähnliche Einrichtung wird auch die Neue Berliner Omnibus-Gesellschaft treffen, sobald sie für ihre Akkumulatoren-Omnibusse die Konzession erhalten hat, an deren Bewilligung nicht zu zweifeln ist. Das Polizeipräsidium soll, wie ein Berichtsführer meldet, der Einführung von Akkumulatoren-Omnibussen und Wagen sogar im Interesse des öffentlichen Verkehrs jeden möglichen Vorbehalt leisten, in der Voraussetzung, daß die vielen mit dem Pferdebetrieb verbundenen Uebelstände dann verschwinden werden.

Ueber die allzuweit gehende polizeiliche Revision auf den Halteplätzen der Berliner Droschkenbesteller lebhaftes Gespräch. Der Polizei steht nämlich das Recht zu, auf den Halteplätzen zu jeder Zeit nicht nur das Pferd- und Wagenmaterial der Droschken, sondern auch den Kutscher zu kontrollieren und sich von diesem die vorgeschriebenen Requisiten, wie Tarif, Blechmarke etc. vorzeigen zu lassen. Diese genaue Kontrolle wird aber auch bei dem ersten auf dem Platz haltenden Kutscher ausgeübt, der diese bevorzugte Stelle aber oft erst nach stundenlangem Warten erlangt. Kommen nun gerade während der polizeilichen Kontrolle Fahrgäste und sehen sie, wie die beiden Schutzleute den ersten Wagen revidieren, so nehmen sie regelmäßig eine andere Droschke, da der „Geste“ infolge der Kontrolle nicht fahrbereit ist, was der „Geste“ aber nach § 40 Absatz 5 des Droschkenreglements stets sein soll. Der Verein will infolgedessen beim Kommissariat für das öffentliche Fahrwesen dahin vorstellig werden, daß in Zukunft der „Geste“ von der ihn schädigenden Kontrolle ausgeschlossen wird, es sei denn, daß sich an Pferd und Wagen auffällige Mängel zeigen, die seine Fahrbereitschaft ausschließen.

In Sachen der Krankenversicherung der Haus-Industriellen hatte die Gewerbe-Deputation des Magistrats, wie erinnerlich, ein Ortstatut auszuarbeiten lassen, welches bei verschiedenen großen Firmen, namentlich der Konfektionsbranche, auf Widerstand stieß. Es war daher beschlossen worden, die erhobenen Einwendungen zum Gegenstande mündlicher Vorstellungen zu machen, an welchen sowohl Vertreter des Magistrats, wie auch die Obersten einzelner Großfirmen teilnehmen sollten. Da inzwischen dem Reichstage die Vorstelle zu dem Kranken-Versicherungsgesetze, welche dieselbe Materie behandelt, zugegangen ist, so hat man sich, wie verlautet, entschlossen, bis zur Erledigung jenes Gesetzes durch den Reichstag das die Krankenversicherungs-Pflicht der Hausindustriellen behandelnde Ortstatut gänzlich ruhen zu lassen.

In welchem Maße die Unfallsituationen dem Bedürfnis entsprechen, erhellt daraus, daß dieselben im Monat Juli 1897 in 1814 Fällen, gegen 1893 im gleichen Monat des Vorjahres für erste Hilfe in Anspruch genommen worden sind. Insgesamt haben seit Anfang dieses Jahres bis jetzt 10 689 Personen in den Unfallsituationen die erste ärztliche Versorgung erhalten. Besonders wünschenswert erscheint es, daß die Krankenwagen, die dem unermittelbaren Publikum unentgeltlich zur Verfügung stehen, in allen den Fällen in Anspruch genommen werden, wo man sich jetzt noch ungeeigneter und schädlicher Transportmittel bedient.

Mischreibungen finden seit einigen Tagen in größerem Umfange in den Straßen Berlins statt, und zwar zu sehr früher Morgenstunde, um die aus den Vororten eintreffenden Mischwagen abzugeben und kontrollieren zu können, ehe die Händler von der eingeführten Waare etwas zum Verkauf gebracht haben. Die Polizei hat wiederholt Gelegenheit genommen, alsu sehr gewässerte Milch zu vernichten. So wurde gestern Morgen gegen halb sieben Uhr einem Bauer in der Jägerstraße ein großer Theil der mitgeführten Milch, ca. 80 Eiter, konfisziert, und die Flüssigkeit in den Rinnstein gegossen.

Die Abschaffung der Trillerpfeifen, mit denen bisher das Zeichen zur Abfahrt der Eisenbahnzüge gegeben wurde, führte vorgestern Abend in Friedenau zu einem Mißverständnis, das leicht erste Folgen hätte haben können. In dem Zuge der Wannseebahn, der 8 Uhr 20 Minuten abends von Berlin abfährt, befanden sich zahlreiche Fahrgäste mit Gepäck, die in Friedenau anstiegen.

Als die Reisenden den Zug verlassen hatten, rief der Zugführer Bahnpostarbeitern, die rasch das Gepäck ausladen sollten, mit klarer Stimme zu: „Ausladen!“ Der dienstthuende Stationsbeamte verstand „Abfahren!“ und gab dem Maschinenführer das entsprechende Zeichen. Der Zug setzte sich in Bewegung, und nur der Umsicht seines Führers verdankte es ein Arbeiter, der beim Ausladen mit thätig war, daß er nicht vom Wagon fiel und von den Rädern zermalmt wurde. Mehrere Fahrgäste aber wurde das Gepäck einzuweisen entziffert.

Wir finden, daß die Neuerung, die Abfahrt der Züge nur durch eine Handbewegung zu signalisieren, sehr wenig zweckmäßig ist. Die Trillerpfeife war bisher für die Fahrgäste ein Warnungszeichen, das aufmerksam machte auf die Abfahrt des Zuges. Jetzt kann die Unterlassung dieser Signale unter Umständen recht gefährliche Folgen haben, wie obiger Fall zeigt. Im übrigen sollte man nicht wegen einiger hysterischer Damen, die das schnelle Weisen nicht vertragen können, Maßregeln einführen, die die Sicherheit des Verkehrs gefährden können.

Durch einen Hund vom Tode des Ertrinkens gerettet wurde vorgestern die 8 Jahre alte Tochter des Buchhalters Lehmann aus der Plottowstraße. Die Kleine spielte mit einem Ball am Uferufer. Als derselbe über die Wöschung des Kanals hinabrollte, sprang das Kind schnell hinzu, um den Ball aufzuhalten. Dabei geriet es ins Stolpern und fiel ins Wasser. Im selben Augenblick kam ein Herr mit einem großen schwarzen Hunde das Uferufer entlang. Der Herr nahm diesem sofort den Maulkorb ab und schickte den Hund ins Wasser. Es gelang demselben, das Mädchen zu erfassen und über Wasser zu halten. In dessen waren in einem Kahn mehrere Schiffer herbeigekommen, die den Hund und das bewußtlose Kind heranzogen und ans Land brachten.

Der Hund, ein sehr harter Schäferhund, hat vor zwei Jahren auf gleiche Weise ein Menschenleben gerettet.

Ein entsetzliches Unglück, bei dem ein Kind getötet und ein anderes schwer verletzt worden ist, hat sich am Dienstag Nachmittag um 8 Uhr in der Vorfigstraße zugetragen. Diese Straße ist augenblicklich für Fahrwerke gesperrt, weil Steinseher an der Zierstrassen-Ecke mit dem Plasteren der Straße beschäftigt sind. An beiden Enden, an der Invaliden- und an der Zierstraße, steht auch je ein der bekannten Schilder mit der Aufschrift: „Straße gesperrt!“ Abgesehen davon aber, daß viele Kutscher sich an diese Sperrung gar nicht kehren, fehlen die Schilder da, wo die Schlegelstraße die Vorfigstraße schneidet. Die Straße wird daher dennoch befahren, und so kommt es nicht selten zu Streit zwischen den Kutschern und den Steinsehern. Einen solchen Antritt gab es Dienstag Nachmittag um 8 Uhr wieder. Ein Flaschenbierwagen der Händlers Braunschen Weißbierbrauerei in Charlottenburg bog von der Schlegel- in die Vorfigstraße ein und fuhr nach der Zierstraße zu. An der Ecke der Zierstraße verweigerten die Straßenarbeiter dem Kutscher die Durchfahrt, und es gab wieder Hank und Streit. Einige Leute wollen auch gesehen haben, daß die Steinseher mit ihren Brechlangen auf die Pferde eingeschlagen hätten. Genug, der Kutscher mußte umwenden und fuhr, rückwärts blickend und schimpfend, wieder nach der Schlegelstraße zu. Kaum hatte er gewendet, so lief der Wagen in eine Anzahl Kinder hinein, die vor dem Hause Nr. 11 auf einem Sandhaufen spielten. Als die Kinder entsetzt aufschrien, war es schon zu spät, das Unglück war geschehen. Dem 4 1/2-jährigen Söhnchen Walter des Korntrügers und Hauswärters Beckmann aus der Vorfigstraße 13 war das linke Hinterrad über den Kopf und den Hals, ein anderes über die Beine gegangen. Mit zerstückelten Gliedern wurde der Kleine auf die Unfallstation 9 in der Siedendammstraße gebracht. Hier konnte man aber nur noch feststellen, daß der Tod bereits eingetreten war. Ebenfalls überfahren wurde der zwei Jahre alte Sohn Karl des Arbeiters Schäfer aus der Vorfigstr. 28. Ihm war ein Rad von rechts nach links über den Leib gegangen und hatte ihm die rechte Hand und beide Beine gequetscht. Der schwerverletzte Knabe wurde nach der elterlichen Wohnung gebracht, die drei anderen Kinder, die mit den beiden gespielt hatten, kamen unverletzt davon; sie sahen nach dem Unglück unverletzt auf dem Sandhaufen. Die Mütter der verunglückten Kinder sind beide vor Schrecken erkrankt.

Wie uns mitgeteilt wird, soll der Kutscher bereits mehrfach durch leichtsinniges Fahren Anheil angerichtet haben und dieserhalb vorbestraft sein.

Im Ostend-Theater findet am Montag, den 9. August, eine Wohltätigkeitsvorstellung für die Ueberschwemmten in Schlesien statt.

In den Fahrkarten-Automaten des Bahnhofes Alexanderplatz fanden die Kontrollure wiederholt in den Abendstunden zwischen 5 und 9 Uhr, wo die Apparate am meisten in Anspruch genommen werden, lange Papierstreifen, etwa wie sie bei Schreib-Telegraphenapparaten Verwendung finden. Die Streifen brachten natürlich den feinen Mechanismus der Automaten in Unordnung, so daß der Apparat abgeschraubt und durch einen anderen ersetzt werden mußte, was jedes Mal eine empfindliche Störung des Betriebes bedeutet. Da der Vorgang sich Abend für Abend wiederholte, so stellte die Direktion der Gesellschaft einen Beamten in bürgerlicher Kleidung auf. Diesem gelang es auch, den Arbeiter nach vierzehntägiger Wiederholung auf freier Zhat festzuhalten. Die herbeigerufene Polizei stellte in ihm den Ingenieur Hermann W., wohnhaft in der Prenzlauerstraße, fest. Dieser gab die Zhat ohne weiteres zu; er habe erst nur aus Uebermuth die Papierstreifen in den Automaten eingeführt, später aber um Erfahrungen zu sammeln für die Konstruktion von Fahrkarten-Automaten, die ihn berufsmäßig beschäftigen.

Eine aufregende Diebstahlschasse spielte sich Montag Nachmittag gegen 4 Uhr im äußersten Westen der Stadt ab. Der Dieb hatte in einem Sattlergeschäft, Ecke der Kleis- und Kalkreuthstraße, gestohlen, wurde noch rechtzeitig bemerkt und konnte verfolgt werden. An der Verfolgung nahmen ein Polizeiwachmeister, ein Schutzmann und mehrere Privatpersonen teil. In rasender Flucht eilte der Streich durch die Kalkreuth-, Soffow-, Neue Wintereis- und die gänzlich unpassierbare Heinrich Riepert-Straße. Jedem ihm sich Nähernden drohte er mit einem langen Dolchmesser. Untenwegs sprang der des Nachhahrend kundige Polizeiwachmeister auf ein ihm zur Verfügung gestelltes Rad, doch der Dieb kletterte in höchster Angst in der Grunewaldstraße über einen Bretterzaun, lief durch einen großen Garten und dann querfeldein. Seine Verfolger waren ihm aber scharf auf den Fersen, und als sich zu diesen noch einige vom Sportplatz Wilmersdorf heimkehrende Gymnasialisten gesellten, kam der Dieb in einem Graben am Bahnhofe Wilmersdorf zu Fall, und konnte so von dem Wachmeister verhaftet werden. Vorher wehrte er sich noch verzweifelt mit dem Dolchmesser. Den Arrestanten brachte man nach dem Polizeigewahrsam im Wilmersdorfer Rathhaus.

Unfälle im Straßenverkehr. Durch einen Radfahrer, der sich seiner Feststellung durch die Furcht entzog, wurde der Knabe Paul Bemerich vor dem Hause Blumenstr. 19 ungerissen und an der Stirnseite verletzt. Der Radfahrer hatte weder ein Glockenzeichen gegeben, noch sein Rad zu hemmen versucht. Auch bei einem zweiten Unfall, durch den die Schülerin Hedwig Köhne in der Plensburgerstraße leichte Hautabschürfungen an der Stirn und am linken Arm davontrug, entzog sich der Radfahrer seiner Feststellung durch schnelles Davonsfahren. Von zwei durchgegangenen, frei herumlaufenden Pferden des Piegelmeyers Karl Stage wurde gestern in der Oberbergerstraße der Knabe Bruno Piesche überannt und erlitt Verletzungen am Hinterkopf und an den Beinen des linken Fußes. Vorübergehende schafften ihn nach der Unfallstation II, von wo er später von seinem Vater abgeholt wurde.

Gestohlene Sachen. Einem wegen Diebstahls festgenommenen Monteur ist eine Wächter-Kontrolluhr (sog. Stechuh) abgenommen worden. Die Uhr, Birli's System, trägt die Nummer 10482 und rührt entschieden aus einem Diebstahl her. Die Uhr kann in den Vormittagsstunden von 9-1 Uhr auf Zimmer Nr. 244 im Polizeipräsidium am Alexanderplatz besichtigt werden.

Aus den Nachbarorten.

Von einem Gendarmen wurde die 16jährige Martha W. aufgegriffen, welche sich vor einigen Tagen aus der elterlichen Wohnung in der Brunnentrafte heimlich entfernt und sich seit dieser Zeit mit halbwegsigen Barschen in der Umgebung Berlins umhergetrieben hat. Sie wurde nun sehr mit völlig abgerissenen Kleidern in einem Rohlfelde der Späth'schen Baumschulen nächtlich angetroffen und in das Rixdorfer Amtsgefängnis eingeliefert.

Das Elektrizitätswerk „Oberspree“, welches die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft bei Wilhelmshof errichtet, ist jetzt in seinem ersten Ausbau bereits fertig, sodaß der Betrieb desselben in nächster Zeit begonnen werden dürfte. An dem imposanten Gebäude lassen die nicht verputzte Südseite und der aus derselben heraus-tretende Schornstein deutlich erkennen, daß es sich zunächst nur um einen ersten Ausbau handelt, was auch thatsächlich zutrifft, da die Station auf den sechsfachen Umfang des gegenwärtig vollendeten Theiles projektiert ist. Die Centrale besitzt ein eigenes Eisenbahngelände nach dem Bahnhof Nieder-Schöneweide, das später durch eine Geleisverbindung nach dem Bahnhof Rummelsburg erreicht wird. Zugleich ist hier zum ersten Male in größerem Umfange die direkte Ueberführung der Kohlen vom Schiff in den Heizraum mittels Elevatoren und automatischer Hochbahn zur Durchführung gebracht. Im Innern der Elektrizitätswerke, in dessen unmittelbarer Nachbarschaft die vierte Fabrik der Gesellschaft, das Gummi- und Kabelwerk, errichtet worden ist, sind zwei der großen Dynamomaschinen fast fertig montirt, ebenso zwei tausendpferdige Dampfmaschinen, während zwei zweitausendpferdige demnächst zur Aufstellung kommen. Ferner sind auf den Chausseen und Straßen um Nieder-Schöneweide-Johannisthal bis über Uetersen hinaus, sowie auf vielen Querstraßen die imposanten Träger für die Hochspannungsleitungen bereits aufgestellt worden. Unter den elektrischen Fernleitungen, die an blauen Porzellan-Isolatoren geföhrt werden, sind Fingerringe aus Eisenblech angebracht, welche verhindern, daß ein etwa griffloser Draht zur Erde fällt und so durch Berührung mit der hohen Spannung Unglücksfälle entstehen. Und außerdem sind in die Leitungen selbstthätige Vorrichtungen eingeschaltet, welche beim Reiben eines Drahtes denselben sofort stromlos machen. Das Werk ist, wie bekannt, dazu bestimmt, den Landkreis von Berlin mit Elektrizität zu versorgen.

Von einem Dampfer überfahren. Mit welcher bodenlosen Leichtsinns manchen jungen Leute aus purer Neugierlust ihr Leben in die Schanze schlagen, das beweist wieder einmal ein Vorfall, der sich am Montag Nachmittag auf der Oberspree in der Nähe von Jessau ereignete. Drei junge Leute im Alter von 18 bis 20 Jahren, die sich in ziemlich animierter Stimmung befanden, trieben mit einer gemieteten Gondel derartige Mottos, daß sie dem herankommenden Dampfer „Germania“ von der Strahlungsgefahr vollständig die Weiterfahrt versperren, indem sie dicht an ihm herumkreuzten und trotz aller Zurufe und Glockensignale nicht aus dem Wege traten. Pflöchtlich geriet nun die Gondel derartig unter den Dampfer, daß sie überannt wurde. Die drei jungen Leute wurden ins Wasser geschleudert; mit knapper Noth gelang es, sie zu retten.

Vor den Augen der Eltern ertrunken. Ein trauriger Unglücksfall hat sich am Montag Nachmittag auf der Oberspree in der Nähe von Wilhelmshof ereignet. In der fünften Stunde unternahm der 16-jährige Sohn des am Marktgassenam im Gottwald'schen Hause wohnenden Handelsmanns Seyring, in Gemeinschaft seines 10-jährigen Bruders in einem kleinen Handlahn eine Rundfahrt auf der Oberspree, während die Eltern vom Restaurant Waidhofer der Fahrt zusahen. In seinem Erkennen bemerkte nun der ältere Bruder plötzlich, daß sich der Kahn immer mehr mit Wasser füllte und zu sinken begann. Werftarbeiter, die auf seine Hilferufe herbeieilten, kamen leider zu spät, als der Kahn bereits versunken war und den zehnjährigen Seyring mit herabgerissen hatte. Der ältere Bruder hatte sich noch rechtzeitig durch Herabspringen aus dem Kahn und Schwimmen gerettet.

Eine große Mißhandlung ließ sich der Landwirth G. aus Brih vor einigen Tagen zu schulden kommen. G. kam auf der Chaussee zwischen Rixdorf und Brih auf seinem Rad gefahren und sah, wie ein Mann damit beschäftigt war, anscheinend von seinem Ader Feldfrüchte in einem Sack fortzuschaffen. In sichtlichem Erregung sprang G. auf den vermeintlichen Uebelthäter zu, und trotz der Betheuerung des Bedrängten, daß er keine Feldfrüchte gestohlen habe, hieb der Landwirth unaufhörlich mit den Fäusten auf diesen ein. Die Mißhandlungen arteten in eine solche Robbete aus, daß schließlich die zahlreichen Augenszeugen dieses Vorganges sich ins Mittel legen mußten, um der Szene ein Ende zu machen. Auf die energische Aufforderung eines der Anstehenden, den Inhalt des Sackes zu zeigen, um sich zu überzeugen ob die Betheuerungen des Gemißhandelten wahr sind, daß er nur Gras für seine Kaninchen vom Wege abgeschneiden habe, erhielt der Betreffende von dem erregten Landwirth einen Schlag ins Gesicht. Bei dieser Wendung der Sache steigerte sich der Unwille der Menge noch mehr, kurz entschlossen entriß man dem Landwirth den krampfhaft festgehaltenen Sack und schüttete den Inhalt auf die Erde, dabei stellte sich heraus, daß thatsächlich nur Gras im Sack enthalten war. Der Landwirth machte jetzt ein etwas verduhtes Gesicht und man hatte nicht übel Lust, durch eine Lynchjustiz dem Gemißhandelnden Gerechtigkeit zu verschaffen, wenn nicht der Landwirth in der rechten Würdigung der Situation eiligt von dannen gezogen wäre. Die Sache wird wahrscheinlich noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Aus Rixdorf. Ueberfahren und schwer verletzt wurde am Montag Nachmittag auf der Briher Chaussee ein Kutscher des Zimmermann'schen Wälsfabrik-Geschäfts. Der Unglückliche war aus dem Wagen eingeschlagen und stürzte bei einer Wiegung der Pferde unter die Räder. In hoffnungslosem Zustande brachte man den Bedauernswerten nach dem Briher Kreis-Krankenhaus. Am Dienstag Abend trieb in der Bergstraße ein aus einer Kopfwunde bestig blutender Mann allerhand Mottos. Da man es anscheinend mit einem Wahnsinnigen zu thun hatte, wurde derselbe nach der Polizeiwache gebracht und dort verbunden, jedoch rief er sich den Verband sofort wieder ab. Die Ermittlungen ergaben, daß der Unglückliche vor einigen Tagen aus der Jernanfall Doldorf entlassen worden war. Er wurde noch am selben Abend dahin zurückgebracht. In einer Wurfhalle der Vereinsbrauerei zertrümmerten rucklose Hände die Gasmeter. Was fehlt von den Thälern jede Spur. Die hiesige Gemeindevertretung wird sich in ihrer Donnerstags-Sitzung mit der Einführung des obligatorischen Fortbildungsschul-Unterrichts beschäftigen.

Zentralverein der Extra-Angestellten Deutschlands. Gute, abends 8 Uhr, bei Wabel, Rosenfelderstraße 67. Vortrag: Jährliches Geschehen erforderlich.

Briefkasten der Redaktion.

Die inoffizielle Sprechstunde findet während der Ferien am Dienstag und Freitag Abend von 6-7 1/2 Uhr statt. Goppe, Schöneberg. In heutiger Nummer finden Sie unter Parteinachrichten Ihre Frage beantwortet.

Weiterprognose für Donnerstag, den 5. August 1897. Ein wenig kühler, vielfach heiter, zeitweise wolkig mit mäßigen nordwestlichen Winden; keins oder unerhebliche Niederschläge.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, den 5. August:  
**Neues ital. Operntheater (Kroll).**  
Die Bohème. Die Kose von Schrad. 7 Uhr.  
Westler. Drei Wappen. 7 1/2 Uhr.  
Selling. Die Weibin.  
Wieder. Margarethe (Hauß). 7 1/2 Uhr.  
Wieder. Der Stellvertreter. 7 1/2 Uhr.  
Dienstag. Unsere Reichspost. 8 Uhr.  
Freitag. Wilhelmshütten. 8 Uhr.  
Schumann's Kriegs-Adventur im Orient. 8 Uhr.  
Alexanderplatz. Verkauflicher Markt. Belle-Alliance. Spezialitäten. 6 Uhr.  
Hofsaal. Venus auf Eden. 7 Uhr.  
Passage-Panoptikum. 30 Kinder der Wüste.

### Ostend-Theater.

Dr. Frankfurterstr. 132. Dr. C. Weh.  
Tägliche:  
**Unsere Reichspost.**  
Anfang 8 Uhr.  
Im Garten Anfang 5 1/2 Uhr.  
Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Hugo Schulz. - Henriette Ferry. - Paula Grignatto. - Prof. Alfred.  
Lebende Photographien.  
Sonntag: Dr. Sommerabend.  
Montag: Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten der Ueber-schwemmten in Sibirien.  
Vorverkauf der Billets schon heute.

### Apollo-Theater und Konzert-Garten.

Dr. J. Glück.  
Vollständig  
neues Programm!  
Um 9 Uhr:  
**Venus auf Erden.**  
Barockphantastische Operette in 1 Akt von Volker-Bader. Musik von Paul Uebe.  
Um 10 Uhr:  
**Otto Reutter.**  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.  
Konzert 7 Uhr. Anf. d. Vorst. 8 Uhr.

### Viktoria-Brauerei

(Garten resp. Saal)  
Lützow-Strasse 11/12  
nahe Potsdamer Platz.  
(Garten resp. Saal):  
Tägliche:  
**Stettiner Sänger**  
(Weibel, Pietro, Britton, Ziehl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)  
Zum Schluss:  
Nur noch kurze Zeit:  
**Ein vergnügter Wähltag.**  
Anfang präzis 8 Uhr.  
Entree 50 Pfennig.  
Billets à 40 Pf. und Familien-Billets à 1 Mk. nur im Vorverkauf.

### Puhlmann's Vaudeville-Theater

Schönhäuser Allee 148.  
Kassanien-Allee 97-99.  
Tägliche:  
**Im Reiche der Sirenen.**  
Große Ausstattungsbüchse mit Gesang und Tanz in 3 Akten.  
Dubois, Waser, Dumort, Robert, Operettensänger. Vitti, Harmon, Minat, Soubre, Geschwister Ernesto, dopp. Seil, Barbarina's Ballet, Mrs. Trudy, Lustspielorator.  
Kinematograph! (lebende Photogr.) neue Serien. Großer Saal.  
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Reserv. 50 Pf.

### Konzerthaus Sanssouci

Kottbuserstr. 4a, Joh. S. Pierry.  
Heute Donnerstag:  
**Benefiz-Vorstellung**  
für Leonhard Haskel und Max Aschinger.  
Auf vielseitigen Wunsch:  
**Die Ballhaus-Anna**  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Passpartouts haben keine Gültigkeit.  
Familienkränzen.

### Passage-Panoptikum

Nur noch kurze Zeit:  
**30 Kinder der Wüste.**  
Vorstellung  
12, 5, 7, 9 Uhr.

### Schweizer Garten.

Am Königsbor. (Gallische der Pferdebahn.) Am Friedrichshain.  
**Neues Riesen-Programm!**  
**Ein Sport-Fest in Wusterhausen.**  
Gr. Ausstattungsbüchse. Carrasani's urkomisch besetzte Thier-Familie.  
Im Saal: **Grosser Ball.**  
Vollbelustigungen aller Art.  
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.  
Im September ist nur noch ein Sonntagabend zu vergeben.

### W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.  
Tägliche:  
**Konzert u. Theater-Vorstellung.**  
Großer Beifall! Großer Beifall!  
**Flotte Burche.**  
Komische Operette  
in 1 Akt von Franz v. Suppé.  
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:  
im Saal: **Grosser Ball.**  
Mar. Grande, Opernsänger, Schorr's Dubois, Originalhumorist, Alice Wagner, Konzert-Sängerin, Geschwister Lehmann, Duettistin, Dr. Bergner, Schatten-Pantomime, Dr. Carlo mit seinen besetzten Stunden u. Kägen: Elektro-serpentin-tanzende Händchen.

### Actien-Brauerei Friedrichshain.

Heute Donnerstag:  
**John-Konzert.**  
Kapelle des Kaiser Franz-Garde-Regiments Nr. 2 (in Uniform).  
Eintritt 10 Pf.  
Anfang 7 Uhr.  
Programm unentgeltlich.

### Wedding-Park

Müllerstraße 178.  
Gr. Garten-Lokalitäten, verdeckte Sommer-Kegelbahnen, Franz. Billard, Belustigungen aller Art. Kaffeeküche tägl. geöffnet.  
Jeden Donnerstag:  
**Gr. Ernte- u. Familien-Fest.**  
Jeden Sonntag:  
**Frei-Konzert und Ball.**  
2210L Wilhelm Trapp.

### Wedding-Park

178 Müller-Strasse 178.  
Große Garten-Lokalitäten  
Jed. Donnerstag: Kinderfest u. Ball.  
Jeden Sonntag: 2210L  
**Frei-Konzert und Ball.**  
7 verdeckte Kegelbahnen. Fr. Billard. Kaffeeküche tägl. geöffnet.  
W. Trapp.

### Feuerstein's Festsäle

Alte Jakobstrasse 75  
**Joh. Martin Herzberg.**  
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. kouranten Bedingungen.

### Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.  
**Bärenweib**  
die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!  
**Neu!** Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

### Wash-Costume und Blousen

von d. Saison übrig geblieben, werden enorm billig verkauft  
Fabrik  
**M. Adler**  
Brederskr. Nr. 4.  
Verkauf 1 Kr.

### Möbel

in jedem Stil und jeder Holzart, äußerst billig, auch auf Theilzahlung.  
Gr. Lager gebrauchter und verlebter gewesener Möbel.  
2287L  
**Schützenstr. 2.**

### Möbel

verlehen gewesene und neue, haunend billig, Theilzahlung gestattet.  
Beamten ohne Anzahlung. 1791L  
**Neue Königstr. 59.**

### Bahn-Atelier.

Künstl. Pläne in tabellarischer Aus-führung v. 3 Mk., Plomben v. 2 Mk. an. Schmersel, Holzzeichen mit Gesso, Glorich, Chloroform und Lackglas unter Leitung eines prakt. Architekten.  
Bei Bestellung v. künstl. Plänen Holz-zeichen, Holzreimigen umsonst; Katen-zahlung gestattet, Woche 1 Mk.  
**Guckel, Bauhüter Weg 2,**  
Grafenstraße 12, Steglitzerstraße 71.  
**Abfälle, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Eisen, und feinste**  
Holzen, laut Brandenburgstr. 20. L.

### Dankagung.

Sage Herdun den Herren Kollegen vom Allg. Deutschen Tapeziererverein, sowie allen Freunden und Bekannten für die rege Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Otto Fischer** meinen herzlichsten Dank. Die trauernde Wittwe **El. Fischer**, geb. Reichler. 3453b

### Ehrenderklärung!

Die Beleidigungen, welche ich am 11. Juli gegen den Restaurateur Herrn Hoffmann, Pantom., Drehmeister, 16, ausgeführt habe, nehme ich zurück und erkläre denselben für einen biederen, rechtschaffenen Ehrenmann. Frau Wittkowsky, Pantom., Drehmeisterin 16. 3456b

### Möbel Theilzahlung.

Neue Sumatra (Muster) sind wieder eingetroffen, billig abzugeben. **Möbelerstr. 85.** 2290b

### Homöopath. Art.

Brannenstr. 14.  
Sonntags 11-12. Volkstanz 12 1/2 bis 2 1/2. Hald, Brust, Magen, Frauen-, Haut, Geschlechts, Nerven, Ohrensch. Kostlose Auskünfte von zu verkaufen. Geschäft jed. Art. **Reanderstr. 16.** Helm.  
Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-Bairischbier** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendessen à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. \* **H. Stramm, Ref., Ritterstr. 123.**

### W. Nieft's Weber-Str. 17

**Fest-Säle**  
Herrnsprecher VII. 1663.  
B. Nieft.

### Dr. Simmel Moritzplatz.

Spezialarzt f. Haut u. Haarleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

### Künstliche Zähne.

H. Steffens, Nollentalerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 Mk.

### Rohtabak

Grösste Auswahl! Billigste Preise! Guter Brand! Vorzügliche Qualität!  
Sämmtliche **Fabrikations-Utenilien.**  
(Neue Formen, sehr gr. Auswahl, à 1.40 Mk.) Man verlange Preis-Verzeichniss. 1649L  
**Heinrich Frauch,**  
Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185.  
**Keijeloffen, Pfandleide Reanderstr. 6.**

### Dr. Derrnehl's Eisenpulver.

103/3\* Ganz vorzügliches Eisenpulver seit 30 Jahren bekannt und überall bewährt. Schachtel 1.50; Uebliche 3 Sch. 4.25. Kein Geheimmittel. Analyse beigepflegt. Hauptniederlage: Apotheke zum weissen Schwan, Berlin, Spandauerstr. 77, erst u. Schuymerke

### Mühlentrafé Nr. 8

nahe Oberbaum u. Warchauertraße, sind billige freundliche Holzwohnungen vom 1. Oktober zu vermieten. Näheres beim Verwalter. 2025L\*

### Ostbahn-Park

Am Küstriner Platz Hermann Imbs. Am Küstriner Platz  
Tägliche:  
**Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Neu! Der Blumme und sein Affe.**  
Ausstattungs-Ensemble.  
Neue Attraktions-Nummern.  
Entree Sonntags 20 Pf., Kinder 10 Pf. Wochentags 10 Pf., Kinder 10 Pf.  
Kaffeeküche. Vollbelustigungen.  
Mittwoch: Kinder-Fest.

### Buchhandlung Vorwärts

Beuthstraße Nr. 2 Berlin SW. 19 Beuthstraße Nr. 2.  
Geben erschien in II. Auflages

### Handbuch für Vereins- und Versammlungsleiter

Bugleich ein Wegweiser für Reichstagswahlen.  
Mit einem Vorwort, ausführlichem Sachregister und einem Anhang, enthaltend die für die Agitation hauptsächlich in Frage kommenden Strafgesetze-Paragrafen. Preis 80 Pf. (Porto 3 Pf.)  
Da es den reaktionären Mächten vorläufig nicht gelungen ist, das preussische Vereinsrecht gänzlich zu vernichten und da deshalb das bisherige Vereinsrecht bestehen bleibt, so hat der Verlag eine Neuauflage dieses so nützlichen Büchleins beschlossen, dessen erste Auflage in kurzer Zeit vergriffen war.  
Wir empfehlen den Genossen die Anschaffung des Schriftchens aufs wärmste.

# Achtung, Maurer!

Freitag, 6. August, abends 8 1/2 Uhr, im Louisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:  
**Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umgeg.**

Tages-Ordnung:  
1. Der Internationale Kongress für Arbeiterrechnung und seine Bedeutung. Referent Genosse **Dr. Ad. Braun.** 2. Diskussion. 3. Situationsbericht. 4. Verschiedenes.  
Kollegen! In den letzten Jahren ist von Euch für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einiges gethan worden. Jedoch in puncto Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter im Bau-gewerbe herrschen traurige Zustände. Wir haben darum das lebhafteste Interesse an obigem Kongress. Erscheint darum recht zahlreich in dieser Versammlung. [281/18] **Die Lohnkommission.**

### Arbeitsmarkt.

**Achtung! Achtung! Holzarbeiter.**  
In der Möbelfabrik von **Wöllert u. Schwab**, Gr. Frankfurterstr. 10, haben 18 Kollegen wegen Lohnbesserungen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist ferngehalten.  
In der Kichenmöbel-Fabrikerei von **Honkel & Netzbund**, Kamenstraße 33, dauert der Streik fort. 109/10

### Auswärtige Grundirant für Goldleisten

sucht tüchtigen **Grundirer - Werkführer** für 1. Oktober a. er. Offerten mit Angabe bisheriger Thätigkeit sub O. C. 34 an **Paasenslein u. Bogler H.-G., Berlin, Leipzigerstr. 48.**

### Tüchtige Vergolderinnen

finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung **Schmidtstr. 8a.** 3461b

### Drei selbständige Ofenseher

können sofort Arbeit in Doppel n erhalten. Näheres im Arbeitsnachweis **Rosenhallerstr. 57.**

### Nebenverdienst

für alle Stände gewährt erste Brauerei durch dauernde Provisionen durch Zuführung von Kunden und Empfehlungen. Adr. sub **J. P. 5821 an Rudolf Mosse, Berlin SW.**

### Hausierer, Straßenhändler,

Händlerinnen, verdienen durch leicht-verkäuflichen Rosenartifel, hygienische Toiletteife mit Schuymarke. Verkaufpreis 5, 10, 15, 25, 35 Pf. **Compagnie Orienta, Rosenhallerstr. 49 III.**

### Tüchtige, selbständige Kunstschlosser

und Schmelze verlangt **3443b**  
Ed. Pulz, SW, Tempelhoferufer 10.

### Karion-Arbeiterinnen, geübt, perf.

**M. Wolf, Neue Friedrichstr. 48.**

### Blechpanner

auf dünne Stahlbleche verlangt **S. J. Arnhelm, 65/3, Bahstr. 40-41.**

### Einen tüchtigen Farbigmacher

verf. **G. Beer, Rixdorf, Brünn Ganderstr. 73.**

### Hamsells auf Jodette

verlangt **B. in d. E., Brangelstr. 10 II.** 3457b

### Wamsells auf Jodette

werden verlangt **Stalitzerstr. 33 II.** 3458b

### Einen Schleifer

sucht die Silberwaaren-Fabrik **Sebastianstr. 84.** 150/6

### Silberpolirerinnen

verlangen Bergas Gebrüder, Affenb-waarenfabrik **Schillingstr. 12.** 1451b

### Ein tüchtiger Fräulein

wird verlangt **Diesendachstr. 36.** 150/3

### Vergolderin a. Glasbuchstaben

verlangt **J. Ed. Wiltz, Reih, Blumenstr. 74.**

# Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.

Die Herren Vertrauensleute werden ersucht, **Flugblätter** für die Mitglieder **heute, Donnerstag** auf der Verwaltung, Ritterstr. 88, von morgens 10 Uhr an bis abends 7 1/2 Uhr abholen zu lassen, **Der Vorstand.**

### Achtung! Lederarbeiter. Achtung!

Freitag, den 6. August, abends 8 Uhr, im Lokal „Marienbad“, Badstrasse No. 35-36:  
**Große öffentliche Versammlung aller in der Ledersfabrikation beschäft. Arbeiter,** als: Weichgerber, Lohgerber und Ledersärber.  
Tages-Ordnung:  
Erledigung der nicht zu Ende geführten Tagesordnung der letzten öffentlichen Versammlung vom 25. Juli. **Der Vertrauensmann.** 3454b

# Achtung, Textilarbeiter!

(Filiale I Berlin.)  
Sonntag, 7. August, in der Brauerei Friedrichshain (Königsbor):  
**6. Stiftungs-Fest,** bestehend in Vokal- und Instrumental-Konzert.  
Die Musik wird von Zivil-Bernfsmustern ausgeführt unter Mitwirkung des Gesangsvereins **Rheingold** (Mitgl. des A.S.G.), **Auftritten verschiedener Spezialitäten.** Während und nach dem Konzert **groszer Ball** (Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach). Bei eintretender Dunkelheit **große Kinder-Fadelpolonaise** (jedes Kind erhält eine Stodkatene gratis). Bei ungenügender Bitterung findet Konzert und Vorstellung im Saal statt.  
Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf. Kinder frei.  
Billets sind bei allen Hilfskassen, sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. Um zahlreichen Besuch bitten **Das Komitee.** 197/11

### Achtung! Former! Achtung!

Donnerstag, 5. August, im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23:  
**Große öffentliche Versammlung der Former und Berufsgenossen.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Beendigung des Streiks bei der Firma **A. Grünauer u. Komp.** und Bericht der Kommission. 2. Der neu ausgebrochene Streik bei den Herren **Rösemann** und **Kammerzler** Rath **Rühemann, Gartenstraße.** 3. Berichterstattung. 4. Diskussion.  
Wegen der Wichtigkeit der Sache ist es unbedingt nöthig, daß jeder Mann für Mann am Platze sei!  
**Der Einberufer.** 61/19

# Friedrichsberg.

Donnerstag, den 5. August d. J., abends 8 1/2 Uhr, in Rudolph Müller's Kronprinzen-Garten, Frankfurter Chaussee 86:  
**Grosse Volksversammlung**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: „Die Junter und die Waidingdwahlen“. Referent **Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen.** 2. Diskussion.  
Für Deutung der Unkosten wird 10 Pfennig Entree erhoben.  
Um zahlreiches Erscheinen bitten  
**Die Vertrauensperson.**

# Wer-Stoff-hat!

**Fertige Anzüge in 3 Verarbeitungen**  
1. Verarbeitung feinste Futterloden, zwei Knopfen nach englisch. Muster bearbeitet, **20 Mk.** sauberste Handarbeit.  
2. Verarbeitung haltbare Jutloden, praktische u. moderne Fraquand, sehr genügt, unter **18 Mk.** Garantie.  
3. Verarbeitung guter Stg., sauber genügt **15 Mk.**  
**!! Tuch- u. Bukskin-Reste für die Hälfte des !!**  
Fabrikpreises  
ff. Kammergarn, Maue u. braune Ghentots, praktische Muster in Herrenstoffen zu Knägen, Paletots, Hosen. Reste zu Anodenanzügen preisbillig. Umsonst zugeschnitten. - Seltene Gelegenheitsbude. [64/17\*]

# Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau

Oeconomie: **Birkholz & Mittag.**  
Jeden Sonntag und Donnerstag:  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Garten-Konzert** der 30 Mann starken Hauskapelle.  
Im Saal: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree. Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung. **Kaffeeküche v. 2-7 Uhr.** Vollbelustigungen jeder Art. 2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. **Birkholz & Mittag.**

### Taglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:

**Verkauf von frisch gef. Fleisch.**  
Rindfleisch . . . pro Pfd. von 30 Pf an, [2125L\*]  
Schweinefleisch . . . 40 Pf.  
Verwaltung der Kochanstalt Stadt. Schlachthof